

Bezugspreis monatl. Biw.
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Beitragsboten 3.80
durch die Post 3.50
auschl. Postgebühren

ins Ausland 6 Bloin.
in deutscher Währg. 5 R.M.

Gernsprecher: 6105. 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: "Die Zeit im Bild".

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Pettzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigen Teil 15 Groschen
Sonderplatz 50% mehr. Mellamepetzelle (90 mm breit) 135 gr.

Nationale Kulturautonomie der völkischen Minderheiten.

Von Axel de Bries, Riga.

Am Donnerstag, dem 5. Februar, hat das estländische Parlament das Gesetz über die Autonomie der völkischen Minderheiten angenommen, nachdem dieses Gesetz jahrelang heftig umstritten worden war und sich immer wieder Widerstände gegen die Durchführung derselben erhoben hatten.

Neben den sich gleich bleibenden Vorberungen der Wirtschaft sind es heute vor allem zwei Fragen, die in politischem Sinne die Welt bewegen: die soziale und die nationale Frage. Während der rote Krem in Moskau immer wieder verzweifte Versuche macht, die Weltrevolution hervorzurufen, sehen wir auf der anderen Seite als den stärksten dynamischen staatshilfenden Faktor im heutigen Völkerleben das Selbstbestimmungsrecht der Völker seines Weges ziehen. Der Zerfall der großen östlichen Kaiserstaaten Russland und Österreich hat dem Prinzip vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem Siege verholfen, den wohl niemand vor dem Kriege hat voraussehen können. Und doch sehen wir, daß Europa, obgleich überall im Osten die neuen Staaten auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes entstanden sind, heute heftiger denn je von einem Nationalitätenhader zerrissen wird, der es in ein Chaos zu stürzen droht.

Wo immer man heute im Osten hinklickt, nach Polen, Rumänien usw., überall sehen wir, daß diese Staaten an einem inneren Nationalitätenhader kranken, der die staatliche Ordnung zu sprengen droht und dem staatlichen Aufbau und der wirtschaftlichen Gesundung des Ostens die schärfsten Hemmnisse bereitet. Doch selbst bei einer neuen Regelung der Grenzen, bei der Zusammenlegung gleicher nationaler Bevölkerungssteile würde die Nationalitätenfrage doch nicht ganz gelöst sein, denn im Osten Europas sind die einzelnen Völkergesellschaften so bunt durcheinander gewürfelt, daß eine strenge ethnographische Trennung auf Grund des Nationalitätenprinzips in staatlichem Ausmaß nicht denkbar ist. Und nur die Übertragung der Selbstbestimmung der Nationen von der Politik auf die Kultur kann hier im Osten mit zur befriedigenden Lösung führen.

Der Völkerbund, der ja eigentlich der natürliche Träger dieser Gedankenrichtung sein sollte, hat ja wohl in einer Reihe von Minderheitenabkommen gezwisse Schutzbestimmungen für die Rechte der nationalen Minderheiten geschaffen, doch gewährleisten dieselben heute noch in keiner Weise eine wirkliche Lösung des Nationalitätenproblems, sondern sind gedacht als Schutzmäßigkeiten gegen die ärgste Bedrohung der Minderheiten durch die Wirtschaft. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß nun endlich der erste reale Schritt zur Lösung des Nationalitätenproblems gemacht worden ist, indem der kleine estländische Staat für sich die Ehre beanspruchen darf, der Idee von der kulturellen Selbstbestimmung der Nationen in einem Gesetz Form verliehen zu haben.

Wie ist nun das Gesetz über die kulturelle Autonomie der völkischen Minderheiten in Estland beschaffen? Dieses Gesetz gibt den Nationen in Estland, zu denen laut Grundgesetz neben der estnischen, als der "Staatsnation", die deutsche, russische und schwedische zu rechnen sind, die Möglichkeit, auf öffentlich-rechtlicher Grundlage eine nationale Organisation zu schaffen. Dieser Organisation darf jeder Angehörige der genannten Nationen angehören, wenn er einen dahingehenden Wunsch äußert. Die Hauptaufgabe der Zentralverwaltung, die auf der Grundlage des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts von den in der nationalen Organisation zusammengefassten Angehörigen einer jeden Nation den Organisationen jeder Nation übergeben.

Wenn man die schweren Kämpfe im Auge hat, die heute überall in Europa auf kultur-politischem Gebiet ausgefochten werden, wenn man die Unterdrückungsmaßnahmen etwa der Italiener in Südtirol, die die deutschen Schulen mit Stumpf und Stiel austrotten wollen, in Betracht zieht, so wird man verstehen, welch ein gewaltiger Fortschritt die Überlassung der Verwaltung der Bildungsorganisation der Nation an ein selbstgewähltes Forum ist. Der Unterhalt der muttersprachlichen Schulen, die auf Grundlage des Gesetzes an die Verwaltung der einzelnen Nationen übergehen, wird laut dem entsprechenden Gesetz entweder vom Staat oder von den Kommunen getragen, da es ja nur natürlich ist, daß die einzelnen Nationen, deren Angehörige ebenso wie die Mitglieder der Staatsnation ihre Steuern zahlen, einen entsprechenden Anteil an den Auswendungen des Staates für Bildungszwecke erhalten.

Ein weiteres wichtiges Recht, das die organisierte Nation erhält, ist das Recht der Selbstbesteuerung. Ein Recht, das ja vor allem vom erzieherischen Standpunkt aus unbedingt notwendig ist, das aber zugleich die materielle Grundlage für die gesamte Aufgabe der organisierten Nation abgeben soll. Neben der gesamten Verwaltung und Organisierung der muttersprachlichen Schulen

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher

keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Sonderplatz

50%

mehr.

Mellamepetzelle

(90 mm breit)

135 gr.

Anzeigenpreis: Pettzeile (38 mm breit) 45 Gr.

für die Millimeterzeile im Mellamepetzelle 15 Groschen

Sonderplatz 50% mehr. Mellamepetzelle (90 mm breit) 135 gr.

Geheimnisvolle Vorarbeit gegen Herrn Grabski.

Hinter den Kulissen. — Herr Witos und der Parteitag der Piasten. — Jetzt plötzlich hat Herr Grabski alles schlecht gemacht. — Um die Agrarreform. — Die amerikanische Anleihe für alles. — Kommissionen und Sejm. — Chjena und Piasten. — Sejmierung.

(Wochenschriften Sonderbericht des "Pos. Tageblatt")

Herr Grabski steht fest und sicher, so haben wir diesen Tage geschrieben. Wir glauben dies auch heute noch. Aber dennoch scheint man von Seiten der Piasten, oder besser gesagt von Seiten des Herrn Witos aus, daß es nicht ganz aussichtslos sei, ein wenig hinter den Kulissen zu agieren. Schon lange hat man Herrn Witos, dem es an einer grossen Portion Schlüsse nicht fehlt, die Absicht ausgeschrieben, daß er sich den Weg wieder frei zu machen gedenke, um sich eines Tages wieder des Ministerpräsidentenpostens zu bemächtigen. Hierzu gehört nun vor allem eine Mehrheit und zunächst die Zustimmung der eigenen Partei. Das erste hat Herr Witos erreicht. Er hat einen großen Parteitag abhalten lassen, und dort ist die versammelte politisch doch „sehr wichtig“ denkende Bauernschaft zu der Überzeugung gebracht worden, zu der sie eben Herr Witos bringen wollte. Also die Versammlung ist zu der Überzeugung gekommen, daß alles sehr schlecht gemacht sei von Herrn Grabski. „Man hege die schlimmsten Befürchtungen“, hat man weiter geheimnisvoll beschlossen, ohne sich damit zu beschweren, nur auch zu sagen, worin diese Befürchtungen liegen. Die Politik der Regierung sei „chwankend und ziellos“ hat man weiter entdeckt, also sei die Zeit der innen- und außenpolitischen Torheiten der Periode der Regierung Witos Grabski. Seyda nun so ganz besonders hervorragend an Klugheit und Zielbewußtheit gewesen. Dass als sei die höchst eigenartige Führung der Geschäfte durch den nicht so sehr einwandreichen damaligen Finanzminister Kučarski der mit eiserner Energie durchgeführten Aktion des Herrn Grabski vorzuziehen gewesen. Aber kurz und gut. Herr Witos will an die Regierung, deshalb müssen die Bauern des Herrn Witos alles schlecht finden, was Herr Grabski gemacht hat, der sich zurzeit an der Regierung befindet.

Die Haupfsache wird aber nach wie vor die bleiben, wie man sich auf der Seite der Rechten zu diesen Absichten des Herrn Witos stellt und ob sich eine Mehrheit herstellen lässt. Herr Witos mühte zunächst einmal Farbe befreien, wie er sich den Parzellierungsgefecht erwarten darf, der doch sehr vielen Güterbesitzenden Herren der Rechten auch äußerst fatal erscheint. Herr Witos hat sich über diese Farbe auch ganz ausführlich von einem Journalisten befragen lassen, und er hat viele Worte gebraucht müssen, um in Wirklichkeit — nichts zu sagen. Er ist in seiner Schläue doch noch einem befragenden Zeitungsmann überlegen. Übrigens hört man vielfach in den Wandergängen die Meinung, daß es mit dem Parzellierungsgefecht der großen Güter gar nicht so schlimm gemeint sei. Man wolle wohl ein Gesetz machen, um die kleinen Bauern nicht zu betrügen, aber es sollte doch an Geld, um dann wirklich die Parzellierung der Güter vornehmen zu können. Ganz so unwahrscheinlich klingt das nicht, denn auch zur Ausbreitung und Erweiterung der Tätigkeit der Bank Nolny, die die Obligationen oder Rentenbriefe auszu-

geben hat, ist Geld nötig, und die amerikanische Anleihe ist eben doch nicht von Nutzen, daß man sie über alle die verschiedenen Bedürfnisse hinwegsetzen könnte. Also ist es vielleicht gar nicht so unmöglich, daß sich Rechte und Piast verständigt, auf der allerdings nicht ganz aufrichtigen Grundlage, daß die Parzellierung vorläufig doch nicht kommt. Und tatsächlich hat es den Anschein, als solle diese Vereinigung bereits vorbereitet werden. In den Kommissionen hat der Kampf begonnen, der schließlich den vereinigten Piasten und Rechten die - sei es auch kleine - Mehrheit geben soll. In den größeren Kommissionen, in denen 81 Mitglieder sitzen, handelt es sich tatsächlich um nur eine Stimme, die nach rechts verschoben werden muss, um die Verteilung 15 zu 16 zu Gunsten der Piast-Rechtsparteien zu verändern. Und im Sejm? Das Krakauer sozialistische Blatt „Naprzód“ macht hier einige sehr interessante Mitteilungen. Hierarch ist eine kleine Veränderung in der Stimmenverteilung im Sejm schon deshalb eingetreten, weil einige frühere Piastensteine, die zu den Sozialisten abgeschworen waren, nun wieder zu dieser alten Partei zurückgekehrt sind. Dann sind eine Reihe von Mitgliedern der Linken ausgetreten, und die Rechten hofft, nach dem „Naprzód“, daß noch weitere Ausstiegerungen und möglicherweise auch Verhaftungen von Mitgliedern der Linken erfolgen. Dann würde sich ja allmählich, wenn auch schwer und mit allerhand Rücksichten verbunden — es können bei Gelegenheit ja immer wieder Piast-Mitglieder abspringen —, die sauber ausgerechnete Mehrheit Rechts-Piast zusammengebracht werden. Was wir allerdings im Interesse des Landes, das eine solche Regierung der Parteiinteressen wirklich gegenwärtig noch weniger gebrauchen kann wie in jedem anderen Zeitpunkt, nicht erhoffen.

Sejmierung vom 3. März.

Es entspannt sich bei der Diskussion über die Billigung der Gelder für das erste Quartalsbudget eine Gröterierung über die Gelder, die die Regierung als Hilfe für die Ausfahrt hergeben will. Byrla von der Piast sagt, es sei bisher nur 10 Millionen gegeben worden. Unterminister Skarner kommt auf 15 Millionen mit seiner Rechnung. Byrla schlägt vor, sofort die Herausgabe von 25 Millionen zu beschließen. Das wird zurückgewiesen. Aber schließlich ist die Regierung bereit, immer wieder je 5 Millionen für die Ausfahrt zu geben, weshalb der Unterschied zwischen dem Wunsche Byrlas und der Ansicht der Regierung nicht groß ist. Das Budget-Apparitorium wurde in dritter Lesung angenommen.

Aber das vielmehrtrittige Gesetz, das bestimmt, auch Versammlungen, die von Abgeordneten einberufen werden, müssen 24 Stunden zuvor den Behörden angemeldet werden, sollte auf Antrag der Weißrussen und Ukrainer zur Tagesordnung übergegangen werden. Dieser Antrag wurde aber mit 184 gegen 137 Stimmen zurückgewiesen. Das Gesetz geht an die Kommission.

wird den organisierten Nationen auch die Sorge um die Weiterentwicklung ihrer übrigen kulturellen Belange in vollem Maße übertragen. Selbstverwaltung in allen kulturellen Angelegenheiten, das ist der Sinn des estländischen Autonomiegesetzes. Der Staat hat in dieser Beziehung nur ein genau fixiertes Aufsichtsrecht. Die staatsrechtliche Grundlage der estländischen Autonomie beruht auf dem Grundsatz, daß nunmehr die organisierten Nationen die staatlich anerkannte Trägerin eines öffentlichen Rechtes sind.

In Europa hat man bisher nur einen einzigen Staat gekannt, in dem verschiedene Nationen in einem gleichen Staatswesen ohne Bank und Streit miteinander leben: die Schweiz. In der Schweiz beruht ja das friedliche Nebeneinander der Nationen vor allem auf der territorialen Gliederung der einzelnen Nationen und der geographischen Beschränktheit des ganzen Landes. Die staatsrechtliche Möglichkeit für das friedliche Nebeneinander von Nationen, die territorial voneinander nicht geschieden waren und bunt gewürfelt auf einem Grund und Boden lebten, ist erst durch das neue estländische Autonomiegesetz geschaffen worden. Wenn man bedenkt, daß besonders im Osten Europas die national-politischen Verhältnisse derart beschaffen sind, daß an eine räumliche territoriale Trennung der einzelnen Nationen, die ihren Ausdruck auch staatsrechtlich finden könnte, nicht gedacht werden kann, so sehen wir, von welcher gewaltigen Bedeutung das estländische Autonomiegesetz für die Lösung der Nationalitätenfrage sein muß.

Der Idee des rein nationalen Staates sind in Osteuropa schon unendliche Opfer gebracht worden, einer Idee, die nicht mehr durchführbar ist. Die Begriffe Volk und Staat decken sich nicht mehr. Es muß eben eine neue Relation zwischen Nation und Staat gefunden werden, wenn nicht Anarchie und Bürgerkrieg herrschen sollen. Die Lösung dieses Zwiespalts ist nur denkbar, daß überall in der Welt das Prinzip von der kulturellen Gewissensfreiheit der Nationen durchgeführt wird. Im Mittelalter haben die Religionskriege, hat vor allem der 30jährige Krieg Europa unendlich in der Entwicklung aufgehalten. Der Weltkrieg ist zum großen Teil als ein erbarmungsloser Nationalitätenkampf aufzufassen. Heute, wo das Erwachen der Völker noch im Bilden begriffen ist, wo die Selbstbestimmung der Nationen immer größere Fortschritte macht, daß immer mehr die Gefahr immer größer werden, daß immer neue Zusammenstöße zwischen den Nationen hervorgerufen werden, wenn nicht ein Weg gefunden wird, um den Völkern die kulturelle Gewissensfreiheit zu sichern. Das mittelalterliche

Wort cuius regio, ejus religio droht sich in das moderne; cuius regio, ejus religio umzuwandeln.

Ein Ausweg aber ist gefunden, wenn die kulturelle Selbstverwaltung und kulturelle Gewissensfreiheit durchgeführt wird, wie dieses zum erstenmal durch das Gesetz über die Autonomie der völkischen Minderheiten in Estland geschehen soll.

Das gute Beispiel.

Wir bringen in vorstehendem Lettartikel von Axel de Bries, dem bekannten Abgeordneten in Estland die zusammenfassende Bedeutung des Autonomiegesetzes in Estland. Auch Lettland will sich nun diesem Beispiel anschließen. Wie aus Riga am 1. März gemeldet wird, hat am 19. Februar die öffentlich-rechtliche Kommission des lettischen Parlaments das Gesetzesprojekt einer national-kulturellen Autonomie der Deutschen in dritter Lesung einstimmig angenommen. Man hofft in den Kreisen der deutschen Fraktion, daß die noch erforderliche Durchsicht des Projekts in der Bildungskommission in einigen wenigen Sitzungen erledigt und das Gesetz alsdann ohne weiteren Verzug vom Parlamentssplenum debattiert und angenommen werden wird. Nahezu das Vorbild Estlands, wo das Autonomieprojekt schon vor einigen Wochen Gesetzeskraft erlangt hat, dürfte auf eine endliche Regelung dieser Angelegenheit in Lettland, wo die deutsch-baltische Bevölkerung schon seit Jahren auf die Verwirklichung ihrer Kulturautonomie wartet, befähigt und wirken.

Leider steht die lettische Parlamentsmehrheit zwei wichtigen Voraussetzungen eines gezielten und gesicherten Betriebes national-kultureller Selbstverwaltung, die den Minderheiten in Estland zugesprochen sind, strikt ablehnend gegenüber. Die Paragraphen des deutschen Autonomieprojekts über die Führung eines Nationalregisters aller Deutschen und über das Recht der deutschen Volksgemeinschaft, eine obligatorische Selbstbesteuerung der Volksgenossen zu national-kulturellen Zwecken einzuführen, sind von der Kommissionsmehrheit unter nichtigen Vorwänden gestrichen worden, und es besteht kaum eine Hoffnung, diese Punkte vor dem Plenum erfolgreich durchzufechten. Durch diese beiden Preisen in zwei der Grundpfeiler der deutschen Autonomie — Lückenlose Sammlung aller Deutschen und gerechte Verteilung der Lasten — hofft man in den leider noch sehr einflussreichen antideutschen lettischen Kreisen eine Schwächung der deutschen autonomen Position herbeizuführen. Es liegt mithin einzig bei der nationalen Gesinnung der Deutschbalten, durch freiwilligen Zusammenschluß und Opferbereitschaft das zu erlangen, was das Gesetz ihnen versagt. Auf diese schon oft in den letzten Jahren erprobte Gesinnung bauend, hat die deutsche Fraktion sich entschließen können, ungeachtet der erwähnten Abstriche von den geforderten Rechten, die Kommissionssatzung des Projektes anzuerkennen und, auf das Unerreichbare zunächst verzichtet, für diese Fassung als die Minimalforderung des lettischen Deutschums zu stimmen.



Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt über die gegenwärtigen Verhandlungen in Berlin und ihre Ziele folgendes:

„Vor etwa zehn Tagen sagte der polnische Handelsminister in der Budgetkommission des Sejms sehr richtig, Polens ganzes Streben müsse darauf gerichtet sein, in den Handelsverträgen dem polnischen Kohlenexport die Wege zu ebnen, denn in der Tat erfüllt Polen im Kohlenüberschuss. Aber in demselben Atemzuge sagte der Minister, Polen müsse stets eingedenken, daß die östlichen Gebiete Deutschlands auf lange Zeit hinaus die ostoberschlesische Kohle nicht entbehren könnten. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Die westoberschlesischen Steinkohlengruben leiden unter starkem Absatzmangel, die Haldenbestände nehmen fortgesetzt zu, und die Gruben sind gezwungen, Feuerschichten einzulegen.“

Der bekannte Wirtschaftspolitiker Kommerzienrat Oskar Werl-Wien stellt denn auch in der Zeitschrift des Katowitzer Berg- und Hüttenmännischen Vereins fest:

„Deutschland hat in den Seiten seiner Kohlennot die Förderung seiner Braunkohle erheblich vergrößert; es ist daher klar, daß die Nachfrage nach oberschlesischer Kohle bis zu dem Zeitpunkt, in dem sich die Lage der Industrie bessern wird, keine überräumige und besonders keine regelmäßige sein wird. Auch der Ausbau der Wasserkräfte in Deutschland spielt nach dieser Richtung hin eine große Rolle.“

Die wirtschaftspolitische Übersicht des Vereins selbst sagt über die Exportfrage: „Die ausländische Konkurrenz verdrängt die polnische Kohle von ihren natürlichen Absatzmärkten. Der Export nach Deutschland geht ständig zurück, da die Ruhökohle auf dem deutschen Markt jegliche Konkurrenz schlägt und die polnische und englische Kohle immer weiter zurückdrängt.“

Ehrlich sagt neuerdings die „Gazeta Warszawska“ über die Folgen einer Sperrung der Einfuhr der polnisch-ober-schlesischen Bergbau- und Hüttenprodukte nach Ablauf der in Verjailes und Genf festgesetzten Fristen:

„Es ist klar, daß diese Einfuhrsperrre starke Erhöhungen in der Woiwodschaft Oberschlesien hervorrufen könnte. In erster Linie betrifft dies die oberschlesische Kohlenindustrie. Eine Sperrung der Einfuhr nach Deutschland würde in dieser Provinz weitgehende Arbeitslosigkeit und eine wesentliche Verschärfung der wirtschaftlichen Krisis herbeiführen.“

Seinerseits glaubt Polen den Triumph ausspielen zu können, daß für Deutschland die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen aus Polen zur zwingenden Notwendigkeit geworden sei. Es handelt sich hier nicht um viel mehr als um Kartoffeln und Grubenholz, und Polen beruft vor allem, daß es hierfür andere Abnahmefähigkeiten nur in geringem Maße hat. Ferner wird man in Polen ganz gewiß selbst nicht glauben, daß der Transit nach Russland in der Gegenwart für Deutschland eine übertragende Bedeutung habe. Der Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen mit Russland macht das deutlich genug klar. Für Deutschland aber ergibt sich folgendes:

Gegen die unbegrenzte Einfuhr ostoberschlesischer Kohle lehnen sich die westoberschlesischen Gruben, so lange sie selbst unter den stärksten Abnahmewiderheiten leiden. Dasselbe gilt von der Konkurrenz durch die zollfreie Einfuhr bestimmter Hüttenprodukte. Beseitigt werden muß in Zukunft der durch nichts begründete Zustand, daß Polen bei der Rücksicht eigener Produkte, die in Westoberschlesien einem Veredelungsverfahren unterzogen worden sind, einseitig Zölle erhebt. Deutschland hat auf die Erhebung von Zöllen im umgekehrten Falle bisher wohl keinerlei Reaktion gezeigt. Deutschland muss sich auch dem widerstreiten, daß Polen sich durch hohe Zölle gegen deutsche Industrieprodukte absperrt. Schließlich muß Deutschland für sich das Recht der Handelsniederlassungen in Polen beanspruchen. Polen will höchstens deutsche Reisende zulassen. Der Grundsatz der Meistbegünstigung ist vollständig in den vorläufigen Wirtschaftsverhandlungen so gut wie zugeschanden worden. Die polnische Presse erhebt erstaunlicherweise gegen diese „Auslieferung“ Polens an Deutschland lebhafte Widerstand. Mit einem Worte gesagt, gilt es, Polen gegenüber den Ansprüchen zur Anerkennung zu bringen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder auf ein normales Gegen seitigkeitsverhältnis gebracht werden müssen, und daß Deutschland nicht darin willigen kann, einen Zustand weiter aufrecht zu erhalten, der in der Hauptsache als eine Auswirkung des Krieges nach dem Kriege zu bezeichnen war.“

Die deutsch-polnische Grenzkommission.

Am 3. d. Mts. haben in Posen Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Vertretern der beteiligten Ministerien und sonstigen Behörden über den Abschluß des Vertrages zur Regelung der Grenzverhältnisse sowie anderer damit im Zusammenhang stehender Fragen begonnen. Die Verhandlungen werden auf deutscher Seite von dem Gesandten Dr. Ecardt, auf polnischer Seite von dem polnischen Bevollmächtigten, Herrn von Kożuchowski, geführt. Der polnische Verhandlungssleiter sprach bei Beginn der Verhandlungen der deutschen Delegation die Teilnahme der polnischen Delegation aus Anlaß des Ablebens des Reichspräsidenten aus und stattete auch dem Gesandten Dr. Ecardt aus diesem Anlaß einen persönlichen Beleidungsbesuch ab.

Diese bösen Danziger.

Um die Ostgrenzen.

Die „Agencja Wschodnia“ meldet aus Danzig: In hiesigen Kreisen hat sich die Meinung festgesetzt, daß die Aktion des Danziger Senats ein Glied ist in der Reihe der deutschen Auseinandersetzungen, die in erster Linie die Revision der Ostgrenzen zum Zweck hat. Es ist der Kampf um die „deutsche“ Weichsel und die Abschneidung Polens vom Meer. (1) Diese Aktion des Danziger Senats ist auf dem Gebiet des Hafenrates im Zusammenhang mit der Auslandsanleihe in die Erziehung getreten, deren beträchtlicher Teil für den Ausbau des Hafens bestimmt werden soll. Der Senat wollte hinter dem Rücken des Hafenrates auf eigene Faust 18 Millionen für den Ausbau des Kaiserhauses (1) verwenden und strebte somit nach Verringerung der Gewalt des Hafenrates. Der Hafenrat ging darauf nicht ein, indem er sich als am berufenden zur Führung der Arbeiten im Hafen erklärte. Der direkte Angriff (1) gegen Polen wird durch die Aktion gegen Gdingen geführt, indem auf dessen Ausbau als Grund dafür hingewiesen wird, daß Polen Danzig nicht raucht. In der Angelegenheit des Baus polnischer Munitionslager auf der Westerplatte ist im Volksrat eine Interpellation eingebrochen, in der man sich auf die Explosion in Rio de Janeiro beruft. Die Interpellanten sagen, daß Polen, wenn es den Hafen von Gdingen bauen, dort auch Munitions-lager bauen könne.

Der Brand im Osten.

Danziger Blätter veröffentlichten vor der Session des Völkerbundes eine Reihe von Insinuationen gegen Polen. Die deutschen Blätter haben einen Artikel des „Oberstaat. Kurier“ von einem gewissen Neumann nachgedruckt, der behauptet, daß Polen die Auseinandersetzung Mac Donells und die Einberufung einer speziellen Schiedsgerichtskommission für Danziger Angelegenheiten verlangen werde. Die „Danz. Allg. Zeit.“ schreibt, daß Danzig dann das Selbstbestimmungsrecht fordern werde, und es entstünde im Osten ein Brand, den der Völkerbund nicht zu löschen im stande wäre.

Polens Politik vor dem Völkerbundsrat.

Die Briefkastenangelegenheit.

Zum „Kurjer Poranny“ findet sich ein lehrreicher Artikel über die Politik Englands und Frankreichs, den Garantiepaß betreffend. Dieser Artikel ist sehr vorsichtig, gleichsam tastend, geschrieben. Besonders interessant ist die Bemerkung am Ende, über den Danziger Konflikt. Hier wird gesagt, daß Herr Graf Skrzynski, der Außenminister, sich dagegen verantwort habe, daß er der Anlaß zum Antragen der Briefkästen gewesen sei. Diese Außerung, die hier der „Kurjer Poranny“ beleuchtet, wirft auf die ganze Angelegenheit ein seltsames Licht. Sie wird sicher der Anlaß zu einer scharfen Diskussion sein, die unter Umständen Herrn Skrzynski das politische Leben kosten kann. Diese Umstände in Betracht ziehend, ist auch die Sorge, die der „Kurjer Poranny“ äußert, verständlich. Obwohl das wir uns auf nähere Erläuterungen einlassen wollen, bringen wir nachstehend den lehrreichen Artikel im Wortlaut. Es heißt dort:

„Die unmittelbar nach der Rede Herrnios geplante Sonderkonferenz mit Baldwin und Chamberlain ist nicht zustande gekommen. Es sollte statt dessen zu einem Zusammentreffen Chamberlains mit Herrlot in Paris unmittelbar nach der Sitzung des Völkerbundsrates in Genf kommen. Nach den Konferenzen des Botschafters Englands mit dem Premier Frankreichs verbreitete sich die Nachricht, daß Chamberlain von der Absicht, in Paris Halt zu machen, Abstand genommen habe. Es kam jedoch das Gedanke auf, unmittelbar nach Beendigung der Verhandlungen des Völkerbundsrates eine allgemeine interalliierte Konferenz nach Brüssel zu berufen. Nach einer der Pariser Deutschen wünscht die französische Regierung, daß auf dieser Konferenz auch die Regierung Polens vertreten sei, widersteht sich aber der englischen Suggestion, zur Teilnahme an der Brüsseler Konferenz in dieser oder jener Form auch Deutschland zugelassen.“

Die wirtschaftspolitische Übersicht des Vereins selbst sagt über die Exportfrage: „Die ausländische Konkurrenz verdrängt die polnische Kohle von ihren natürlichen Absatzmärkten. Der Export nach Deutschland geht ständig zurück, da die Ruhökohle auf dem deutschen Markt jegliche Konkurrenz schlägt und die polnische und englische Kohle immer weiter zurückdrängt.“

Ehrlich sagt neuerdings die „Gazeta Warszawska“ über die Folgen einer Sperrung der Einfuhr der polnisch-ober-schlesischen Bergbau- und Hüttenprodukte nach Ablauf der in Verjailes und Genf festgesetzten Fristen:

„Es ist klar, daß diese Einfuhrsperrre starke Erhöhungen in der Woiwodschaft Oberschlesien hervorrufen könnte. In erster Linie betrifft dies die oberschlesische Kohlenindustrie. Eine Sperrung der Einfuhr nach Deutschland würde in dieser Provinz weitgehende Arbeitslosigkeit und eine wesentliche Verschärfung der wirtschaftlichen Krisis herbeiführen.“

Seinerseits glaubt Polen den Triumph ausspielen zu können, daß für Deutschland die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen aus Polen zur zwingenden Notwendigkeit geworden sei. Es handelt sich hier nicht um viel mehr als um Kartoffeln und Grubenholz, und Polen beruft vor allem, daß es hierfür andere Abnahmefähigkeiten nur in geringem Maße hat. Ferner wird man in Polen ganz gewiß selbst nicht glauben, daß der Transit nach Russland in der Gegenwart für Deutschland eine übertragende Bedeutung habe. Der Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen mit Russland macht das deutlich genug klar. Für Deutschland aber ergibt sich folgendes:

Gegen die unbegrenzte Einfuhr ostoberschlesischer Kohle lehnen sich die westoberschlesischen Gruben, so lange sie selbst unter den stärksten Abnahmewiderheiten leiden. Dasselbe gilt von der Konkurrenz durch die zollfreie Einfuhr bestimmter Hüttenprodukte. Beseitigt werden muß in Zukunft der durch nichts begründete Zustand, daß Polen bei der Rücksicht eigener Produkte, die in Westoberschlesien einem Veredelungsverfahren unterzogen worden sind, einseitig Zölle erhebt. Deutschland hat auf die Erhebung von Zöllen im umgekehrten Falle bisher wohl keinerlei Reaktion gezeigt. Deutschland muss sich auch dem widerstreiten, daß Polen sich durch hohe Zölle gegen deutsche Industrieprodukte absperrt. Schließlich muß Deutschland für sich das Recht der Handelsniederlassungen in Polen beanspruchen. Polen will höchstens deutsche Reisende zulassen. Der Grundsatz der Meistbegünstigung ist vollständig in den vorläufigen Wirtschaftsverhandlungen so gut wie zugeschanden worden. Die polnische Presse erhebt erstaunlicherweise gegen diese „Auslieferung“ Polens an Deutschland lebhafte Widerstand. Mit einem Worte gesagt, gilt es, Polen gegenüber den Ansprüchen zur Anerkennung zu bringen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder auf ein normales Gegen seitigkeitsverhältnis gebracht werden müssen, und daß Deutschland nicht darin willigen kann, einen Zustand weiter aufrecht zu erhalten, der in der Hauptsache als eine Auswirkung des Krieges nach dem Kriege zu bezeichnen war.“

Auf englischer Seite sind bisher nicht nur keine Spuren vorhanden, daß man irgendwie mit diesen Stimmung Frankreichs rechnet, sondern im Gegenteil, es bleibt der Eindruck, daß Chamberlain nach Genf reist mit einem ganzen Vorfall von Schwierigkeiten, die dem französischen Standpunkt gemacht werden sollen. So soll England das französische Projekt, nach dem die Kommission des Völkerbundes, die den Rüstungsstand in Deutschland kontrolliert, nach den eventuellen Käffierung der interalliierten Kommission als ständige Kooperationsfahrt im Rheingebiet festzustellen soll, ablehnen. Vom englischen Gesichtspunkt wäre dies die Fortsetzung der jetzt im Rheingebiet amtierenden Hauptkommission, was Deutschland die Lust nehmen würde, in den Völkerbund einzutreten. Die englische Politik wünscht, daß die Kontrolle in Deutschland in Zukunft leichter wäre, als sie heute ist, was von der entschiedenen Absicht zu zeugen scheint. Deutschland zu Rüstungen zu ermuntern, die für die ständige Hoffnung berechnet waren, die deutsche Nacht in Zukunft zu irgend welchen phantastischen Plänen einer neuen Intervention in den Ländern des Sowjet-Systems zu verwenden. In der Frage der Verhaltensweise des Saargebietes befähigen sich die Meldungen, daß Chamberlain gegen die Postulate Frankreichs daran dringen wird, die Beschlüsse des Völkerbundsrates aus dem Jahre 1922 durchzuführen, damit im nächsten Jahrhundert Vorsitzender des Verwaltungsrates des Saargebietes ein Bürger eines der neutralen Staaten wäre.

Die Londoner Blätter schwiegen von dem Standpunkt, den Chamberlain gegenüber dem Komplex der Danziger Angelegenheiten innehalten wird. In dieser Hinsicht muß man sich trotz der „vertrauten“ Beziehungen unseres Gesandten mit dem englischen Staatssekretär auf eine starke Unterstützung der Politik des Herrn Saum durch die Autorität der englischen Einflüsse vorbereiten. Symptomatisch ist hier die Gewährung einer Anleihe von 1½ Millionen Pfund Sterling durch die „Oversea Bank“ in London an Danzig unter der Geringfügigkeit des Völkerbundsrates beschlossen, daß eine Anleihe der Freistadt nur gegen Zustimmung Polens erfolgen könne. Um diesen Beschuß zu umgehen, hat Herr Saum den Anleihevertrag nicht im Namen des „Danziger Staates“, sondern im Namen der „Danziger Stadtverwaltung“ abgeschlossen, auf diese Weise in englisches Gold die Resolution des Herrn Mac Donell über Danzig als dem „Staate in internationaler Bedeutung des Wortes“ folglich realisiert. Einige Wendungen in der letzten Rede unseres Außenministers deuten nicht auf eine genügend starke Stellung Polens in dieser Frage hin und scheinen sogar die Meinung auf Schwierigkeiten vorzubereiten, auf die der polnische „Advokat“ in Genf im Laufe des Prozesses um unsere Postrechte stoßen wird.

Auffallen muß vor allem die Verwahrung des Außenministers, daß nicht er die Aufringung der Briefkästen, die zum verschärften Konflikt Anlaß geben, veranlaßt habe. Man wird sich schwerlich mit solcher Hinstellung der Dinge einverstanden erklären können. Die Frage unserer Postrechte in Danzig, insbesondere über die Frage der Briefkästen, zieht sich vom Jahre 1922 und war Gegenstand der diplomatischen Literatur, die unter die Kompetenzen des Außenministers fiel. Zu seinem Tätigkeitsbereich gehörte nicht nur die Verwahrung der tatsächlichen und grundlegenden Rechte Polens, sondern auch die Auslegung dieser Rechte.

in innerer Beziehung. Der Art der Ausnutzung dieser Rechte konnte nicht dieser Auslegung widersprechen, die im Einstand stand mit der allgemeinen Sitzungnahme Polens und den im Versailler Vertrag erlangten Rechten. Im gegebenen Falle wäre jede Revision dieser Auslegung grundsätzlich gleichbedeutend mit einem Vergleich auf diese Rechte. Die Verteidigung unseres Standpunktes in Genf muß damit rechnen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn man in unseren Regierungskreisen sich nicht genau dessen bewußt wäre, daß eine Niederlage in Genf keineswegs der Verlust eines Prozesses um „irgendetwelche“ Briefkästen wäre, sondern der Verlust des Prozesses unserer ganzen Stellung in Danzig mit unberechenbaren Folgen für unsere allgemeine internationale Lage.“

Republik Polen.

Das Konkordat.

Das Konkordat mit dem Bataillon wird am Freitag in der Landeskommision zur Vertratung kommen.

Gesetzentwürfe.

Der Ministerrat hat am Mittwoch u. a. den Gesetzentwurf angenommen, der die Ordination über die Rechtsanwaltsgebühren im Bereich der Appellationsgerichte von Posen und Thorn sowie des Bezirksgerichts von Katowitz ändert.

Am Mittwoch fand unter dem Vorsitz des Ministers Thuguit eine Konferenz über die von der orthodoxen Kirche erteilten Scheidungen statt. An den Verhandlungen nahmen die Departementsdirektoren des Justizministeriums, des Kultusministeriums und des Inneministeriums teil.

Die Unterhaltungskosten.

Die Unterhaltungskosten in Warschau sind im Monat Februar im Vergleich zum Januar um 0,61 Prozent zurückgegangen.

Baupläne.

Im Ministerrat wurde außerhalb der Tagesordnung am Mittwoch über die Nothilfe zum Gesetz über die Ausbau der Städte beraten. Nach dem Projekt sieht die Regierung einen besonderen Bauabschnitt ein zur Belebung der Baubewegung noch in dieser Saison. Die Regierung tritt sich mit der Absicht vom Sejm hierüber besondere Vollmachten zu verlangen.

Die letzte Fahrt des deutschen Reichspräsidenten.

Die Überführung Eberts.

Zu den gestrigen Überführungsfeierlichkeiten meldet ein telegraphischer Bericht aus Berlin folgendes: Am Tage der Beerdigung des Reichspräsidenten leuchtet hellster Sonnenchein über der Reichshauptstadt. Ammer noch wehen die Fahnen auf Hahnstiel. Die Cafés und Hotels haben preußische Fahnen gehängt. Die ganze Gegend: Wilhelmstraße vom Palais Leopold, die Linden, das Brandenburger Tor bis herüber zum Potsdamer Platz ist schon in den Morgenstunden gesperrt. In der Nacht hatten noch rührige Hände an den Straßenlaternen riesenhafte schwarze umhängende Oberleisten errichtet, die mit Grün umwunden sind. Die Laternenpfähle sind grün umrankt. Die Lampen tragen Trauerlure. Vor dem Potsdamer Bahnhof sind noch eine Unmenge von Fahnen angebracht worden. Ein Teil der Geschäfte hat die Schaufenster schwarz verhangt. Eine riesige Menschenmenge steht sich schon jetzt um die Absperrungen, die außerordentlich streng durchgesetzt werden. Um die Mittagsstunde strömen die Angehörigen aus den Büros und gesellen sich zu den Taufenden, die schon in den Vormittagsstunden die Straßenzüge umlagern.

Um 2 Uhr schon begann die Infanterie der unzähligen Bogen, welche die Teilnehmer der Trauerfeier in die Wilhelmstraße bringen sollten. Punkt 3 Uhr begann die Trauerfeier, nachdem sich alle Gäste in dem schwarz drapierten Traueraal versammelt hatten. Rechts vom Sarge saß Frau Ebert, ihre Tochter, die beiden Söhne, der Schwiegersohn, ihr Bruder und ihre Schwägerin. Mit der Front zum Katafalk saßen in der rechten Saalfäche das diplomatische Korps mit seinen Damen, in der linken Hälfte der Reichstagsabgeordnete, Dr. Dutcher, und die übrigen Minister. Auch auswärtige Minister waren in diesem Saale anwesend. In den Nebenzimmern war die übrige Trauerversammlung untergebracht.

Vor dieser Trauerversammlung war der Sarg aufgebahrt, auf schwarzem Katafalk, rund überdeckt mit der schwarz-roten goldenen Flagge des Reichspräsidenten. An seinem Fußende stehen zwei Offiziere in der Uniform des Reichswehrministeriums, die mit gezogenem Degen die Ehremarke halten. Zur Linken des Sarges steht der Kabinettsekretär des Reichstags, Dr. Meißner.

Die Feier begann mit dem Trauermarsch aus Beethovens „Große.“ Nachdem sie verklungen, sang aus dem Nebensaal wie respondierend der von Professor Rüdel geleitete Chor die Totenfeier von Händel. Dann erhob sich der Reichstagsabgeordnete und trat langsam Schritte an den Katafalk, um seine Rede zu halten.

Nach der Kanzlerrede singt der Chor das Grablied von Carl Maria von Weber, die Maurische Trauermusik von Mozart schließt sich an. Wenn der Sarg mit dem toten Reichspräsidenten das Haus verläßt, intoniert die Militärmusik die „Adieu-Sonate“ von Chopin, militärische Kommandos erkören, und die deutsche Reichswehr, vertreten durch Abteilungen aller Waffengattungen aus den verschiedenen Teilen des Reiches, erweist dem Toten die letzte Ehre. Dann erfolgt die Feier vor dem Reichstag und der Abschied auf dem Potsdamer Platz. Um 6,15 Uhr wird der Sarg vom Podest in das Innere des Bahnhofes getragen und in den Leichenwagen des Sonderzuges gestellt.

Die Feier in Heidelberg.

Der Heidelberger Friedhof wird am Donnerstag von morgens früh ab für die Allgemeinheit geöffnet und erst nach vollständiger Beendigung der Trauerfeier für den Reichspräsidenten wieder freigegeben. Im Trauzug können von Heidelberg und Umgegend nur Personen teilnehmen, die mit amtlich ausgestellten Ausweiskarten versehen sind. Zurzeit werden der Bahnhofplatz und die Straßen, durch die sich der Zug bewegt, mit Trauermusch verdeckt. Außer dem badischen Staatspräsidenten und dem Kanzlerredner sitzen der Reichstagsabgeordnete, Dr. Dutcher, und die übrigen Minister. Auch auswärtige Minister waren in diesem Saale anwesend. Müller, sowie der evangelische Stadtpräfater Maas sprechen.

Ankunft des Trauer-Sonderzuges in Heidelberg.

Heidelberg, 5. März, 11 Uhr vormittags. Der Sonderzug mit der kirchlichen Hülle des verstorbenen Reichspräsidenten ist heute morgen um 9 Uhr 30 Min. hier eingetroffen. Lange vor der Ankunft des Trauerzuges hatten sich auf dem Bahnsteige und auf dem Bahnhofe eine viertausendköpfige Menge eingefunden. Auf dem Bahnsteig selbst, auf dem der

Freitag, 6. März 1925.

Beilage zu Nr. 54.

Der albanische Umsturz, die Gebeine des Heiligen und das Petroleum.

(Eigenbericht des "Pos. Tageblatt")

zok. Agram, 22. Februar.

Nach dem 29jährigen Staatspräsidenten der jüngsten europäischen Republik, Ahmed Bogu, sind auch serbische Komitatschi und Wrangelsoldaten nach Tirana und Voișoia gesommen. Dadurch war es von allem Anfang an klar, daß beim letzten Umsturz in Albanien jugoslawische Einflüsse mit im Spiele waren. Es schien wieder einmal die Tour an den Belgrader Freunden, während unter Jan Noli die Italiener den Stein im Brett hatten. Nun kommt aber allmählich zum Vorschein, daß im Hintergrund noch mächtigere Kräfte die Drähte dieser letzten Phase albanischer Geschichte gezogen haben. Die Freunde Ahmed Bogus sitzen nicht nur in der serbischen Hauptstadt, sondern auch in London; vielleicht kann man daraus die Zurückhaltung Italiens verstehen, dessen Interessen in Albanien durch den letzten Umsturz nicht wenig beeinträchtigt wurden. Wie nun aber schon Freundschaften in der internationalen Politik beschaffen sind, muß der jugendliche Staatspräsident nach allen Seiten hin seinen Förderern Dank abstatzen, was ihm nicht immer im Sinne der Befestigung seiner Stellung, die bis nun nur auf den Bajonettspielen der Wrangelsoldaten deute, gelegen ist.

Seit dem Jahre 1913 wurde zwischen Albanien und Serbien um das Kloster Sankt Naum, wo die Gebeine des heiligen Nachum liegen sollen, ein erbitterter Kampf geführt. Die Serben beriefen sich auf strategische Gründe, die Albaner auf wirtschaftliche, und beide Teile wollten die Reliquien des Heiligen innerhalb ihrer Staatsgrenzen haben, um den Glanz ihrer kulturellen Tradition zu erhalten. Die Belgrader Regierung hat wegen dieses einsamen Sakrariums inmitten der unwirtlichen Gebirge Albaniens sogar ein Blaubbuch veröffentlicht. Kurz befiehlt sich die Botschafterkonferenz mit der Frage, die schließlich die Angelegenheit an den Völkerbund weiterleitete. Dieser holte ein Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes ein. Nach all den langen Etappen lautete endlich die Entscheidung zugunsten Albaniens. Das einzige, was die Belgrader Regierung als letzten Hoffnungsschuh erreichte, bestand darin, daß die Frage, wie die Grenze beim Kloster zu ziehen sei, nochmals von der Botschafterkonferenz behandelt werden sollte. Der größte und — wichtigste Teil des strittigen Gebietes war für Jugoslawien endgültig verloren. Wichtig deshalb, weil im Schatten der Gebeine des Heiligen ergiebig ge-Petroleumquellen sich bergen. Ahmed Bogu aber hat sich nun wenig gekümmert um die vielen Intrigen des internationalen Rechtes und der europäischen Gerechtigkeit, welche die Menschheit in ihrer Friedenssucht ins Leben gerufen hat, indem er den Völkerbund davon in Kenntnis setzte, daß Albanien das umstrittene Land fürzerhand an Jugoslawien geschenkt habe. Mit dieser merkwürdigen Regelung eines Grenzkreises ist der Völkerbund jeder weiteren Bemühung entzogen. Nicht gering ist darüber die Entrüstung in Italien, da eine italienische Kapitalliegengruppe eben daran war, sich im Gebiet von St. Naum die Konzessionen für die Ausbeutung der Wasserkräfte, des Fischfangs und der Petroleumquellen zu sichern.

Damit ist aber das durch den Umsturz entfachte Petroleumgeschäft Albaniens noch nicht erledigt. Ahmed Bogu bezahlte alle seine Freunde mit Petroleumlizenzen. Eine der ersten Taten der neuen albanischen Regierung bestand darin, ihren stillen englischen Freunden, den Direktoren der Anglo-Persian Oil Company, sich dankbar zu erweisen — wie dies in der englischen Geschäftssprache heißt — die älteren Konzessionen der Gesellschaft zu erneuern. Die Konzessionen, die der mächtigen englischen Unternehmung nun gewährt wurden, bedeuten einen Strich durch die italienische Rechnung, welche die spärlichen Energievorräte des Landes immer durch die albanischen Quellen zu ergänzen trachtete. Gegenüber einem starken Partner, der sich hinter der Marionettfigur des albanischen Diktators im republikanischen Kleide verbirgt, wie ihn die Anglo-Persian Oil Company darstellt, werden auch die Proteste Italiens bei der Regierung in Tirana nicht viel erreichen. Daß England wirtschaftliche Rechte nicht so leicht aus der Hand gibt, ist nur zu bekannt.

Auch in Amerika rief die Nachricht von dem Vorsprung der Engländer in dem noch völlig unausgebaute albanischen Ölquellengebiet eine peinliche Verkrampfung hervor. Man wird abwarten müssen, was der lebhafte Protestnoten in wechsel, der zwischen Rom, London und Washington soeben im Gang ist, irgend einen praktischen Erfolg zeitigen wird. Jedenfalls scheint gleichzeitig mit der Herrschaft Jan Nolis der Einfluß falls sieht gleichzeitig mit der Herrschaft Jan Nolis der Einfluß eines reichen amerikanischen Gönners Mr. Sinclair zu Ende gewesen zu sein. Also reduziert sich die Bedeutung des ganzen letzten albanischen Umsturzes auf den Konkurrenzkampf zwischen

Copyright by Ernst Keils Nachf. (Aug. Scherl) G. m. b. H., Leipzig

Blutrausch.

Eine Liebesgeschichte aus dem roten Russland.

Von Gertrud von Brodovsk.

(Nachdruck verboten.)

(9. Fortsetzung.)
„Es gibt keine Medizin mehr in den Apotheken“, murmelte Iwan Felitschkin. „Die Ärzte lassen die Kranken verreden, und die Apotheken sind ebenso leer wie die Schlächerläden.“

„Er stand auf, um für Tatjana Platz zu machen, die, ein flitterbesetztes Maskenkostüm überm Arm, aus dem Nebenzimmer hereinkam.“

Tatjana lachte.

„Ich weiß einen Schlächter in der Nähe des Lubjanka-platzes, der täglich ein Dutzend Pferde schlachtet. Das Pfund zu tausend Rubel.“

Sie fädelte einen Seidenfaden ein und begann silbernen Flitter auf grülvioletten Atlas zu nähen.

„Wollen Sie sich morgen putzen?“ fragte Felitschkin, der ihr zusah.

Sie lachte und begann eine leichtfertige Melodie zu trällern.

„Kommst Du morgen ins Große Theater, Iwan Nikolajewitsch?“

„Du hast Sorgen, Boris Petrovitsch!“

„Sie lämmert sich nicht um mich, Sergej. — Sie wird mich allein sterben lassen.“

Tatjana schob schmollend die Unterlippe vor.

„Das Leben ist so kurz, Sergej, man muß es beim Schopfe fassen, ehe es vorüber ist.“

Sie breitete den glänzenden Stoff des Kleides über ihren Schoß.

„Was sagst Du, Iwan Nikolajewitsch?“

Der junge Rotgardist zuckte unbeholfen die Achseln.

„Du wirst sehr schön sein, Tatjana Alexandrowna.“

„Ich werde für Dich schön sein, Iwan Nikolajewitsch!“

der Anglo-Persian Oil Company und der Sinclair Oil Company, aus dem die englische Gesellschaft als Siegerin hervorgegangen ist. Dafür mußten albanische Kleinbauern, mazedonische Schäfhirten und unglüchliche Söhne der russischen Steppen, die einst den Lodungen des Generals Wrangel erlagen, ihr Leben hergeben. Ob die albanische Bevölkerung aber den Verlust der Gebeine des heiligen Nachum so ratig hinnehmen wird, ist noch die Frage. Vielleicht wird sie Ahmed Bogu deshalb einmal zur Verantwortung ziehen.

England übernimmt das Protektorat über die Orthodoxie im Orient.

Nach Mitteilungen aus Jerusalem hat auch in Palästina die gewaltsame Ausweitung des ökumenischen Patriarchen aus Konstantinopel eine tiefe Bewegung unter den Orthodoxen hervorgerufen, da alle orthodoxen Kirchen des Morgenlandes dem kirchlichen Würdeenträger am Bosporus stets einen Ehrenborrrang zuerkannt haben. Das orthodoxe Christentum des Ostens führt heraus, daß das außerordentliche Ereignis die Orthodoxie an ihrem Hauptort vor eine Krise stellt. In hiesigen Kreisen verichert man, daß die drei orthodoxen Patriarchen: Damianos von Jerusalem, Photius von Alexandria und Gregorius von Antiochen gedenken, das Zentrum der Orthodoxie des Orients, das bisher seinen Sitz im Phanar von Konstantinopel hatte, nach Jerusalem zu verlegen. Da aber das schismatische Patriarchat von Jerusalem zu arm ist, um den orthodoxen Papst mit den nötigen finanziellen Mitteln zu versorgen, habe sich die griechische Nationalbank in Athen bereit erklärt, ihm zu diesem Zweck eine Summe von 500 000 bis 2 000 000 Pfund gegen eine geringe Vergütung vorzutragen.

Gleichzeitig wird aber bekannt, daß man auf englischer Seite den Plan der drei orthodoxen Patriarchen äußerst begünstigt, was mit den Einigungsversuchen der orthodoxen mit der anglikanischen Kirche in Verbindung gebracht wird. Selbstverständlich würde die Errichtung des ökumenischen Patriarchats innerhalb des englischen Einflussphären auch wichtige politische Folgen nach sich ziehen. Es wäre gewissermaßen die Flucht der Orthodoxie des Orients unter die Schutzmacht Großbritanniens. An die Stelle des abgeschafften französischen Protektorats über die Katholiken des Orients trate als neuer geistiger Machtfaktor im nahen Osten ein englisches Protektorat über die Orthodoxie, die in Jerusalem ihre oberste hierarchische Spitze haben würde.

Der Verein fürs Deutschland im Auslande.

Aussprache über die Minderheitenfrage.

In Dresden hielt in diesen Tagen der Verein für das Deutschland im Ausland seine Frühjahrshauptausschusssitzung ab.

Eingeleitet wurde die Tagung durch einen außerordentlich stark besuchten Deutschen Abend. Mittelpunkt dieser von künstlerischen Darbietungen geleiteten Veranstaltung war eine Rede des Senators Gatt Reichenberg über die Schulverhältnisse in der Tschechoslowakei. Die Hauptausschusssitzung selbst wurde durch eine auf die politische Lage eingehende Rede des Vorsitzenden, Staatssekretärs a. D. von Hinze, eingeleitet. Für den mit 650 000 G.-M. über den Voranschlag hinausgehenden Haushaltspol des vergangenen Jahres wurde Entlastung erteilt. Das Jahr 1925 bringt zum ersten Male einen Haushaltspol, der eine Million Goldmark überschreitet und dessen Dedung mit Zuversicht erwartet wird. Zwei Beschlüsse hinsichtlich der Erleichterung der Lage des unterdrückten Deutschums in Südlawien und Südtirol wurden gefasst.

An die Hauptausschusssitzung schloß sich eine Aussprache über die Minderheitenfrage an. Gleichzeitig fand eine ganze Reihe von Sonderversammlungen statt. Die Tagung schloß mit einem Ausflug nach Meißen am 2. März.

Hervorzuheben ist, daß die durch besondere Einkünfte gedeckten Verwaltungsdienst nur 6 Prozent des Haushaltspol betragen, so daß die aus Sammlungen, Mitgliedsbeiträgen usw. eingehenden Einkünfte ohne jeden Abzug der Unterstützungsarbeit zugute kommen können.

Studentenaustausch zwischen Deutschland und Amerika.

Die Köln. Btg. schreibt dazu aus New York: Ein Studentenaustausch wird zwischen der Universität Köln und einer nordamerikanischen Universität geplant. Ein Professor der Universität Köln trifft demnächst in Nordamerika ein, um die nötigen

In den Augen des Mädchens flimmerte etwas. Es war wie die Gier eines Raubtieres, das seine Beute wittert.

Suwaloff schüttelte den Kopf. Er preßte die Lippen aufeinander und schwieg.

Das trockene Husteln der Kranken ging durch die Stille.

„Das Leben ist nicht kurz,“ sagte sie mühsam. „Das Leben ist eine lange, endlose Reise. Jeder Tag ist ein Glied. Jeder Tag hat seine Last. Sommer und Winter — Sommer und Winter —“

Sie verstummte und stöhnte leise in sich hinein.

Suwaloff streichelte ihre Hände. Tatjana sagte:

„So war Euer Leben. Inzwischen ist die Welt anders geworden.“

„Die Welt ist nicht anders geworden, Tatjana Alexandrowna. Die Welt bleibt, was sie war.“

Tatjana Alexandrowna lächelte. Sie hatte starke, regelmäßige Zähne und volle, sehr rote Lippen. Sie beugte sich über ihre Arbeit, riß einen Seidenfaden ab und hielt die glitzernde Näherei gegen das Licht. Sie sagte langsam:

„Früher habe ich das Fräulein zum Ball schmücken müssen. Nun schmücke ich mich selber.“

Suwaloff ließ die Hand der Kranken los.

„Das Leben ist nicht dazu da, daß wir uns schmücken!“ meinte er fast trocken. Tatjana Alexandrowna ließ die Nadel sinken und spielte mit dem obersieben, offen gebliebenen Knopf ihrer Bluse.

„Wo zu sollte das Leben denn sonst da sein, Sergej Alexsandrowitsch?“

Suwaloff seufzte und schwieg. Es quälte ihn, daß er in diesem Augenblick keine Antwort fand.

Er stand auf und trat zum Fenster. Draußen slimerte fahles Sternenlicht auf den weißen Gartenbeeten. Eine verwiterte Flora, der die Arme fehlten, lauerte trüb-selig und verkrüppelt unter ihrer Schneelast.

Er dachte: „Das Leben ist Sehnsucht nach einer Vollkommenheit, die unerreichbar ist. Jahrelang sind wir der Stimme der Sehnsucht nachgegangen. Wir haben uns von

Vorbereitungen zu treffen. Im September sollen zunächst dreißig Kölner Studenten nach Amerika kommen.

Nach unserer Unterrichtung handelt es sich um zwei verschiedene Tatsachen, die der vorliegenden Meldung zugrunde liegen. Eine Reise deutscher Studierender nach Amerika unter Führung eines noch zu bestimmenden Professors steht tatsächlich bevor. Sie ist für die Zeit von Mitte September bis Ende Oktober dieses Jahres vorgesehen. Als weiterer Punkt der Reise kommt Chicago in Betracht. Nach Ablauf der sechs Wochen kommen die Studierenden wieder zurück.

Ferner hat die Kölner Universität den begrüßenswerten Versuch unternommen, für ihre Studenten eine Studiengelegenheit von einigen Semestern in Nordamerika zu Bedingungen zu schaffen, wie sie für deutsche Studierende möglich sind. Mit den Vorbereitungen dazu ist aber eben erst begonnen worden. Es steht noch nicht fest, welche von den großen amerikanischen Universitäten ausgewählt wird. Diese Bestrebungen gehen von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Kölner Universität aus, für die bei einer Zahl von rund 2500 Wirtschaftsstudierenden besondere Verhältnisse vorliegen. Vorzugsweise muß etwa 100 Studierenden Gelegenheit gegeben werden, in Chicago, New York oder Boston zu studieren. Um die Vorbereitungen hierzu zu treffen, ist einer der Assistenten nach Amerika gereist. Es kommt dabei nicht nur darauf an, die Unterunft und die Kosten der Lebenshaltung herziedig zu regeln, sondern auch Berechnungen über die Anrechnung des dortigen Studiums — vorausgesetzt ist die amerikanische Meldung den Dingen vorause.

Es muß hier noch erwähnt werden, daß schon seit vielen Semestern ein Student austausch zwischen Deutschland und Amerika erfolgt, und zwar durch Vermittlung der Studentenagentur Heidelberg.

Deutsche Reich.

Friedrich-Ebert-Straße in Berlin.

Der Berliner Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß eine Hauptverkehrsstraße der Stadt Berlin Friedrich-Ebert-Straße genannt werden soll.

Auf der Suche nach Kommunisten.

Aachen, 3. März. Durch ein polizeiliches Aufgebot wurde in dem Hause Matthiashofstraße 23 eine eingehende Durchsuchung vorgenommen. Bei einem Funktionär der kommunistischen Partei wurden Pistolen und Handgranaten, Material zur Herstellung von Handgranaten und allerlei Propagandamaterial gefunden. Mehrere Personen sind festgenommen und dem Richter vorgeführt worden.

Die sozialen Aufgaben der evangelischen Kirche.

Darmstadt, 4. März. Auf Einladung der Evangelisch-sozialen Arbeitsgemeinschaft für Hessen hielt der Generalsekretär des Evangelisch-sozialen Kongresses, Warmer Berg aus Leipzig, einen Vortrag über die Aufgaben der evangelischen Kirche gegenüber den sozialen Fragen der Gegenwart. Der Redner betonte insbesondere, daß alle sozialen Fragen wie Arbeitszeit, Lohnproblem, Arbeitslosenversicherung, Wohnungsnot und Bevölkerungsproblem nicht nach Schlagworten, sondern vorurteilslos geprüft werden müssen. Aber über den wirtschaftlich materiellen Interessen dürfen die religiös-sittlichen nicht verklausiert werden. In den Gemeinden müsse ein stärkeres Bewußtsein sittlicher Verantwortlichkeit geweckt werden, auch durch religiöse Diskussionen mit Andersdenkenden, besonders mit der Arbeiterschaft, die gegenüber der religiösen Idee des Marxismus danach strebe, sich einen religiösen Eratz zu schaffen. Die an den Vortrag anschließende Aussprache ergab Übereinstimmung im Sinne einer Fortsetzung der vom Evangelisch-sozialen Kongress und der Kirchlich-sozialen Konferenz eingeschlagenen Bahnen.

Auslandsdeutsche Tagung.

Münster, 4. März. In den Plenarsitzungen wird hier eine Tagung der Grenz- und Auslandsdeutschen stattfinden. Man erwartet dazu Hunderte von Stammesgenossen aus den Grenzgebieten Ostpreußen, Westpreußen, den Grenzmarken, Schlesien, dem Saargebiet, den Heimlanden, Polen, Danzig, Rügenland, der Tschecho-Slowakei, Südlawien, Rumänien, Deutschösterreich, Italien, der Schweiz, Elsass-Lothringen, Luxemburg, Belgien, Dänemark und anderen Staaten.

Verbot der „Roten Fahne“.

Berlin, 5. März. (Morgenblätter.) Durch Verfügung des preußischen Ministers des Innern ist die Berliner „Rote Fahne“ für die Dauer von zwei Wochen auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik verboten worden. Ursache des Verbots ist eine in der gestrigen Morgenausgabe des kommunistischen Parteiblattes enthaltener

ihre narren lassen. Nun erschrecken wir vor dem Gedanken der Unerschrockenheit.“

Als er sich umwandte, sah er Felitschkin hinter Tatjanas Stuhl gebeugt. Seine Augen hingen mit einem sonderbar flackernden Ausdruck an den Zügen des Mädchens. Tatjana Alexandrowna beugte den üppigen Oberkörper zurück und lächelte.

„Das Leben ist Mühe und Arbeit,“ sagte die klängliche Stimme der Kranken. Die beiden jungen Menschen hörten sie nicht.

Suwaloff saß am Abend in dem kleinen, überfüllten Restaurant der Eremitage.

Boris Petrowitsch hatte ihm einen Tisch freigehalten und das Essen bestellt.

Es gab Kotletten, von denen Boris Petrowitsch behauptete, daß sie von einem wilden Pferdeschlächter in einer der Vorstädte stammten. Boris Petrowitsch sprach viel und lebhaft in der hastigen, nervösen Art, die ihm eigen war, wenn er eine innere Erregung verborgen wollte.

Suwaloff berichtete von seinem Posten bei der Außerordentlichen Kommission. Er tat es eigentlich in der Absicht, den Freund abzulenken und zu trösten.

„Vielleicht gelingt es mir demnächst, Dich unterzubringen, Boris Petrowitsch.“

Der Graf lachte.

„Ja — es wird Zeit für uns alle, daß wir uns nach

Auftritt „An das arbeitende Volk“ am 5. März, der eine Reihe aufzeigender Wendungen und Schmähungen des verstorbenen Reichspräsidenten enthält.

Die Forderungen der deutschen Eisenbahner.

Eberfeld, 5. März. Die Lage in der Eisenbahnerbewegung erfuhr eine Verschärfung. Am 5. März sind sämtliche Funktionäre des deutschen Eisenbahnverbandes nach Eberfeld berufen, um gegen die Ablehnung aller Forderungen Stellung zu nehmen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 5. März.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung war nur von kurzer Dauer, ohne daß irgendeine Angelegenheit ihr ein besonderes Gepräge gegeben hätte.

Vor Eintritt in die Tagessitzung, die in der Haupstache Wahlvotlagen umfaßte, wurden vom Versammlungsleiter verschiedene Mitteilungen gemacht. So erfuhr man z. B., daß das Rote Kreuz einen Antrag gestellt hat auf Beisetzung von Veranlagungssabben.

Stadt. Buggel wies kritisiert darauf hin, daß zu der letzten Regierungssitzung über die Bauaktion, die jetzt nach dem Empfang der amerikanischen Anleihe in großem Maßstabe geführt werden soll, kein Berichterstattung geladen worden war, und zubereitete Klage über die Hintanzetzung Posen's in verschiedener Hinsicht seitens der Generalregierung, ohne daß ein entsprechendes Verhältnis zwischen Steuererhöhung und Bevölkerung gelassen wird. Die Übergehung der Hauptstadt Großpolens bei der neuen Bauforscher wird durch die Ausweitung des Innenministers Ratajski erklärt. Es bleibt nur die Frage, ob mit voller Begründung.

Stadt. Śniady kam auf die in der letzten Sitzung vollzogene Wahl der vier Stadtverordnetenvertreter zur Warschauer Stadttagung zurück und erklärte unter Hinweis auf die hier geweogene Proportionalität der Wahl diese für rechtmäßig. Der geltend gemachte Einwand wird näher geprüft, und falls die Ansehung der Wahl als begründet befunden wird, eine Neuwahl vorgenommen werden, die den Grundsatz der Majorität beverwerten und dem der Proportionalität Rechnung tragen würde.

Die Wasserversorgung Glowna.

Nach Erledigung einiger Wohlordnungen sprach Stadt. Ballenstedt als Referent über die Weiterführung der jetzt bis Jawadz reichenden Wasserleitung nach Glowna, woraus zu ersehen ist, daß der Magistrat im Begriff steht, den neuen Gemeinden die städtischen Einrichtungen zugänglich zu machen. Die Wasserleitungskosten in mit einem Kostenauflauf von rund 106 000 zl veranschlagt. Die Liefersätze sind mit Berücksichtigung des wahrscheinlichen Einwohnerzuwachses auf 34 Kupfer pro Skunde berechnet worden. Die Vorlage wurde gebilligt.

Die Stadt als Aktionärin.

Darauf wurde Punkt 2 der Tagessitzung erledigt. Es betraf den Anteil der Stadt an der Aktiengesellschaft „Aero“ in Bozen, die vom 1. Juli einen Flugzeugverkehr zwischen Warschau und Posen einzurichten gedenkt. Es sollen 2 oder 4 Apparate verkehren, deren Flugzeit ungefähr 2 Stunden betragen wird. Es werden 5 Passagiere mitgenommen werden können, deren Meißelstunden soviel ausmachen werden, wie eine Bahnkarte 1. Klasse mit Schlafwagenbenutzung nach Warschau kostet, d. h. ungefähr 70 zl. Das Stammpapier der Gesellschaft wird 300 000 zl betragen. Das Vorbereitungskomitee brachte einen Anteil der Stadt in Höhe von 60 000 zl in Betracht, dem auch der Magistrat zustimmt, während die Kommission den Voranschlag der Betriebslosen kritisches betrachtete und die Einnahmen sicher als recht optimistisch hoch genommen erkannte. Ansonsten ging sie nur auf eine Beteiligung von 40 000 zl ein. Der Kommissionsantrag wurde angenommen.

Aenderung der Pflegekosten im Stadtkrankenhaus.

Stadt. Dr. Stark berichtete über die Änderung des Tariffs der Kosten der 3. Klasse im Stadtkrankenhaus. Es werden danach die Kosten der Arzneien, die in der Apotheke des Stadtkrankenhauses hergestellt werden, in die Heilkosten einberechnet.

Stattsüberschreitungen-Nachbewilligung.

Zum Schluß wurden die Ausgaben für das Jahr 1923 in Höhe von nahezu 2 Milliarden Mark nachbewilligt.

Etwas über die Haushaltungsschule in Janowiz.

Am 28. März schließt die Haushaltungsschule in Janowiz ihren Winterkurs ab, wie immer üblich, verbunden mit einem Fest und Ausstellung der gearbeiteten Sachen, Torten, Kuchen usw. Es ist schade, daß diese Ausstellung nicht weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden kann, denn sie zeigt deutlich, wie erfolgreich und umfassend die Schule arbeitet. Die jungen Mädchen werden dort in allem ausgebildet, was zur Führung eines guten Hauses und Stadthaushaltes gehört, und zwar von staatlich geprüften Fachlehrerinnen. Die praktischen Fächer sind Kochen, Kuchen- und Tortenbäckerei, Einmachchen, Schneiderin, Weißnähen, Handarbeiten, Wäschebehandlung, Glanzplatten, Haushalt, Geflügelzucht und Gartenbau. Dazu kommt ein umfassender theoretischer Unterricht, der auch Gesundheits-, Kranken- und Säuglingspflege, Literatur und polnischen Sprachunterricht enthält, und von nicht geringem Wert ist die allgemeine Lebensbildung, welche die jungen Mädchen dort empfangen. Die gut pädagogisch ausgebildeten Lehrkräfte erziehen ihre Schüler so, daß sie allen Lebenslagen gewachsen sind und neben praktischem und theoretischem Wissen auch Anstand und Persönlichkeit mitbringen. Das moderne Leben stellt an die Frauen große Anforderungen, und nicht sorgfältig genug können unsere jungen Mädchen erzogen werden. Dies gewährleistet die Janowitzer Schule unbedingt, denn auch in den Freizeitstunden stehen die Mädchen unter liebevoller Aufsicht und Leitung. Gefang, Spiele, kleine Aufführungen und Spaziergänge füllen diese Freizeitstunden aus und bringen neben Erholung auch geistige Anregung. Daß in dieser sorgfältigen Erziehung auch das Religiöse sehr gepflegt wird, ist selbstverständlich. Auf regelmäßige Andachten und Kirchenbesuch wird gehalten, und außerdem sorgt der Ortsgemeinde für religiöse Erziehung und Vertiefung. Die Schule in Janowiz hat ein eigenes, in großem Garten gelegenes Gebäude, das lustige und schöne Arbeitsräume enthält und in gesundheitlicher Beziehung allen Anforderungen entspricht. Nach Beendigung eines jeden Lehrganges erhalten die Schülerinnen ein Abschlußzeugnis. Der Preis für den Sommerkurs ist monatlich 80 zl festgesetzt. In diesem Preis ist alles, auch der gesamte Unterricht mit einbezogen, und wenn man in Betracht zieht, was ein junges Mädchen an Wissen um der Schule verdankt, so wird man einsehen, daß der Preis ein sehr niedriger ist. Anmeldungen sind an die Leiterin, Fräulein Anna Beringer, Janowiz, Kreis Bielin, zu richten und werden nur bis 1. April angenommen, denn am 2. April beginnt bereits der neue Sommerkurs.

Die gesetzliche Tagessitzung war nur von kurzer Dauer, ohne daß irgendeine Angelegenheit ihr ein besonderes Gepräge gegeben hatte. Vor Eintritt in die Tagessitzung, die in der Haupstache Wahlvotlagen umfaßte, wurden vom Versammlungsleiter verschiedene Mitteilungen gemacht. So erfuhr man z. B., daß das Rote Kreuz einen Antrag gestellt hat auf Beisetzung von Veranlagungssabben.

Stadt. Buggel wies kritisiert darauf hin, daß zu der letzten Regierungssitzung über die Bauaktion, die jetzt nach dem Empfang der amerikanischen Anleihe in großem Maßstabe geführt werden soll, kein Berichterstattung geladen worden war, und zubereitete Klage über die Hintanzetzung Posen's in verschiedener Hinsicht seitens der Generalregierung, ohne daß ein entsprechendes Verhältnis zwischen Steuererhöhung und Bevölkerung gelassen wird. Die Übergehung der Hauptstadt Großpolens bei der neuen Bauforschung wird durch die Ausweitung des Innenministers Ratajski erklärt. Es bleibt nur die Frage, ob mit voller Begründung.

Stadt. Śniady kam auf die in der letzten Sitzung vollzogene Wahl der vier Stadtverordnetenvertreter zur Warschauer Stadttagung zurück und erklärte unter Hinweis auf die hier geweogene Proportionalität der Wahl diese für rechtmäßig. Der geltend gemachte Einwand wird näher geprüft, und falls die Ansehung der Wahl als begründet befunden wird, eine Neuwahl vorgenommen werden, die den Grundsatz der Majorität beverwerten und dem der Proportionalität Rechnung tragen würde.

Die Wasserversorgung Glowna.

Nach Erledigung einiger Wohlordnungen sprach Stadt. Ballenstedt als Referent über die Weiterführung der jetzt bis Jawadz reichenden Wasserleitung nach Glowna, woraus zu ersehen ist, daß der Magistrat im Begriff steht, den neuen Gemeinden die städtischen Einrichtungen zugänglich zu machen. Die Wasserleitungskosten in mit einem Kostenauflauf von rund 106 000 zl veranschlagt. Die Liefersätze sind mit Berücksichtigung des wahrscheinlichen Einwohnerzuwachses auf 34 Kupfer pro Skunde berechnet worden. Die Vorlage wurde gebilligt.

Die Stadt als Aktionärin.

Darauf wurde Punkt 2 der Tagessitzung erledigt. Es betraf den Anteil der Stadt an der Aktiengesellschaft „Aero“ in Bozen, die vom 1. Juli einen Flugzeugverkehr zwischen Warschau und Posen einzurichten gedenkt. Es sollen 2 oder 4 Apparate verkehren, deren Flugzeit ungefähr 2 Stunden betragen wird. Es werden 5 Passagiere mitgenommen werden können, deren Meißelstunden soviel ausmachen werden, wie eine Bahnkarte 1. Klasse mit Schlafwagenbenutzung nach Warschau kostet, d. h. ungefähr 70 zl. Das Stammpapier der Gesellschaft wird 300 000 zl betragen. Das Vorbereitungskomitee brachte einen Anteil der Stadt in Höhe von 60 000 zl in Betracht, dem auch der Magistrat zustimmt, während die Kommission den Voranschlag der Betriebslosen kritisches betrachtete und die Einnahmen sicher als recht optimistisch hoch genommen erkannte. Ansonsten ging sie nur auf eine Beteiligung von 40 000 zl ein. Der Kommissionsantrag wurde angenommen.

Aenderung der Pflegekosten im Stadtkrankenhaus.

Stadt. Dr. Stark berichtete über die Änderung des Tariffs der Kosten der 3. Klasse im Stadtkrankenhaus. Es werden danach die Kosten der Arzneien, die in der Apotheke des Stadtkrankenhauses hergestellt werden, in die Heilkosten einberechnet.

Stattsüberschreitungen-Nachbewilligung.

Zum Schluß wurden die Ausgaben für das Jahr 1923 in Höhe von nahezu 2 Milliarden Mark nachbewilligt.

Etwas über die Haushaltungsschule in Janowiz.

Am 28. März schließt die Haushaltungsschule in Janowiz ihren Winterkurs ab, wie immer üblich, verbunden mit einem Fest und Ausstellung der gearbeiteten Sachen, Torten, Kuchen usw. Es ist schade, daß diese Ausstellung nicht weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden kann, denn sie zeigt deutlich, wie erfolgreich und umfassend die Schule arbeitet. Die jungen Mädchen werden dort in allem ausgebildet, was zur Führung eines guten Hauses und Stadthaushaltes gehört, und zwar von staatlich geprüften Fachlehrerinnen. Die praktischen Fächer sind Kochen, Kuchen- und Tortenbäckerei, Einmachchen, Schneiderin, Weißnähen, Handarbeiten, Wäschebehandlung, Glanzplatten, Haushalt, Geflügelzucht und Gartenbau. Dazu kommt ein umfassender theoretischer Unterricht, der auch Gesundheits-, Kranken- und Säuglingspflege, Literatur und polnischen Sprachunterricht enthält, und von nicht geringem Wert ist die allgemeine Lebensbildung, welche die jungen Mädchen dort empfangen. Die gut pädagogisch ausgebildeten Lehrkräfte erziehen ihre Schüler so, daß sie allen Lebenslagen gewachsen sind und neben praktischem und theoretischem Wissen auch Anstand und Persönlichkeit mitbringen. Das moderne Leben stellt an die Frauen große Anforderungen, und nicht sorgfältig genug können unsere jungen Mädchen erzogen werden. Dies gewährleistet die Janowitzer Schule unbedingt, denn auch in den Freizeitstunden stehen die Mädchen unter liebevoller Aufsicht und Leitung. Gefang, Spiele, kleine Aufführungen und Spaziergänge füllen diese Freizeitstunden aus und bringen neben Erholung auch geistige Anregung. Daß in dieser sorgfältigen Erziehung auch das Religiöse sehr gepflegt wird, ist selbstverständlich. Auf regelmäßige Andachten und Kirchenbesuch wird gehalten, und außerdem sorgt der Ortsgemeinde für religiöse Erziehung und Vertiefung. Die Schule in Janowiz hat ein eigenes, in großem Garten gelegenes Gebäude, das lustige und schöne Arbeitsräume enthält und in gesundheitlicher Beziehung allen Anforderungen entspricht. Nach Beendigung eines jeden Lehrganges erhalten die Schülerinnen ein Abschlußzeugnis. Der Preis für den Sommerkurs ist monatlich 80 zl festgesetzt. In diesem Preis ist alles, auch der gesamte Unterricht mit einbezogen, und wenn man in Betracht zieht, was ein junges Mädchen an Wissen um der Schule verdankt, so wird man einsehen, daß der Preis ein sehr niedriger ist. Anmeldungen sind an die Leiterin, Fräulein Anna Beringer, Janowiz, Kreis Bielin, zu richten und werden nur bis 1. April angenommen, denn am 2. April beginnt bereits der neue Sommerkurs.

Die gesetzliche Tagessitzung war nur von kurzer Dauer, ohne daß irgendeine Angelegenheit ihr ein besonderes Gepräge gegeben hatte. Vor Eintritt in die Tagessitzung, die in der Haupstache Wahlvotlagen umfaßte, wurden vom Versammlungsleiter verschiedene Mitteilungen gemacht. So erfuhr man z. B., daß das Rote Kreuz einen Antrag gestellt hat auf Beisetzung von Veranlagungssabben.

Stadt. Buggel wies kritisiert darauf hin, daß zu der letzten Regierungssitzung über die Bauaktion, die jetzt nach dem Empfang der amerikanischen Anleihe in großem Maßstabe geführt werden soll, kein Berichterstattung geladen worden war, und zubereitete Klage über die Hintanzetzung Posen's in verschiedener Hinsicht seitens der Generalregierung, ohne daß ein entsprechendes Verhältnis zwischen Steuererhöhung und Bevölkerung gelassen wird. Die Übergehung der Hauptstadt Großpolens bei der neuen Bauforschung wird durch die Ausweitung des Innenministers Ratajski erklärt. Es bleibt nur die Frage, ob mit voller Begründung.

Stadt. Śniady kam auf die in der letzten Sitzung vollzogene Wahl der vier Stadtverordnetenvertreter zur Warschauer Stadttagung zurück und erklärte unter Hinweis auf die hier geweogene Proportionalität der Wahl diese für rechtmäßig. Der geltend gemachte Einwand wird näher geprüft, und falls die Ansehung der Wahl als begründet befunden wird, eine Neuwahl vorgenommen werden, die den Grundsatz der Majorität beverwerten und dem der Proportionalität Rechnung tragen würde.

Die gesetzliche Tagessitzung war nur von kurzer Dauer, ohne daß irgendeine Angelegenheit ihr ein besonderes Gepräge gegeben hatte. Vor Eintritt in die Tagessitzung, die in der Haupstache Wahlvotlagen umfaßte, wurden vom Versammlungsleiter verschiedene Mitteilungen gemacht. So erfuhr man z. B., daß das Rote Kreuz einen Antrag gestellt hat auf Beisetzung von Veranlagungssabben.

Stadt. Buggel wies kritisiert darauf hin, daß zu der letzten Regierungssitzung über die Bauaktion, die jetzt nach dem Empfang der amerikanischen Anleihe in großem Maßstabe geführt werden soll, kein Berichterstattung geladen worden war, und zubereitete Klage über die Hintanzetzung Posen's in verschiedener Hinsicht seitens der Generalregierung, ohne daß ein entsprechendes Verhältnis zwischen Steuererhöhung und Bevölkerung gelassen wird. Die Übergehung der Hauptstadt Großpolens bei der neuen Bauforschung wird durch die Ausweitung des Innenministers Ratajski erklärt. Es bleibt nur die Frage, ob mit voller Begründung.

Stadt. Śniady kam auf die in der letzten Sitzung vollzogene Wahl der vier Stadtverordnetenvertreter zur Warschauer Stadttagung zurück und erklärte unter Hinweis auf die hier geweogene Proportionalität der Wahl diese für rechtmäßig. Der geltend gemachte Einwand wird näher geprüft, und falls die Ansehung der Wahl als begründet befunden wird, eine Neuwahl vorgenommen werden, die den Grundsatz der Majorität beverwerten und dem der Proportionalität Rechnung tragen würde.

Die gesetzliche Tagessitzung war nur von kurzer Dauer, ohne daß irgendeine Angelegenheit ihr ein besonderes Gepräge gegeben hatte. Vor Eintritt in die Tagessitzung, die in der Haupstache Wahlvotlagen umfaßte, wurden vom Versammlungsleiter verschiedene Mitteilungen gemacht. So erfuhr man z. B., daß das Rote Kreuz einen Antrag gestellt hat auf Beisetzung von Veranlagungssabben.

Stadt. Buggel wies kritisiert darauf hin, daß zu der letzten Regierungssitzung über die Bauaktion, die jetzt nach dem Empfang der amerikanischen Anleihe in großem Maßstabe geführt werden soll, kein Berichterstattung geladen worden war, und zubereitete Klage über die Hintanzetzung Posen's in verschiedener Hinsicht seitens der Generalregierung, ohne daß ein entsprechendes Verhältnis zwischen Steuererhöhung und Bevölkerung gelassen wird. Die Übergehung der Hauptstadt Großpolens bei der neuen Bauforschung wird durch die Ausweitung des Innenministers Ratajski erklärt. Es bleibt nur die Frage, ob mit voller Begründung.

Stadt. Śniady kam auf die in der letzten Sitzung vollzogene Wahl der vier Stadtverordnetenvertreter zur Warschauer Stadttagung zurück und erklärte unter Hinweis auf die hier geweogene Proportionalität der Wahl diese für rechtmäßig. Der geltend gemachte Einwand wird näher geprüft, und falls die Ansehung der Wahl als begründet befunden wird, eine Neuwahl vorgenommen werden, die den Grundsatz der Majorität beverwerten und dem der Proportionalität Rechnung tragen würde.

sicher währte, unter Sträuchern versteckt hatte. Gestern mittag gegen 12½ Uhr erschien der Spitzbube mit einem großen Koffer ausgerüstet und machte sich daran, seine Diebesbeute im Koffer zu verstecken. Blödig nahm die Nemesis in Gestalt eines Kriminalbeamten, der den alten unbefreiten Dieb, einen gewissen Leon Kolański, festnahm. Die Polizei hatte den Dieb überlistet; sie hatte nämlich den Motor unter den Sträuchern entdeckt und sich in der Erwartung, daß der Herr Spitzbube, wenn auch nicht gerade am hellen Mittag, erscheinen und sein mühsam erworbenes Gut abzuholen versuchen würde, nicht getäuscht.

Ein Schwinder, der die Schneidermeister zu prellen versucht. Bei verschiedenen Schneidermeistern in Wreschen, Mogilno, Nowotrojce, Konitz und dergl. bot in letzter Zeit ein angeblicher Kleinfrieder bzw. Münzhaber der Bielitzer Import- und Exportfirma „Impex“ Waren nach vorgelegten Mustern mit dem Bemerkung an, daß diese jetzt im Preise um 30 bis 40 Prozent heraufgesetzt seien. Er stand bei den Schneidermeistern viele Kauflustige, die auch die geforderte Anzahlung von 80 bis 40 zl gern zahlten, um dann hinterher durch das Ausbleiben der bestellten Waren darüber belehzt zu werden, daß sie einem Schwinder in die Hände gefallen waren. Vor ihm sei deshalb ausdrücklich gewarnt.

In das Elternhaus wieder zurückgekehrt ist gestern die seit Sonntag nachmittag verschwundene 14jährige Helene Kamczak aus der ul. Dobrowskiego 54 (fr. Große Berliner Str.). Ob sie nach dreitägiger Abwesenheit den ihr gebührenden herzlichen Willkommen von ihren Eltern erhalten hat, haben wir leider nicht in Erfahrung bringen können.

s. Vom Weiter. Heut, Donnerstag, früh war 1 Grad Kälte. Vereine, Veranstaltungen usw.

Freitag, den 6. 3.: Evang. Verein Junger Männer: 7 Uhr Turnen.

Freitag, den 6. 3.: Verein Deutscher Sänger: Übungsstunde.

Sonnabend, den 7. 3.: Evang. Verein Junger Männer: Woche-

schuhandacht.

VI. Sinfonie - Konzert der Vereinigung „Filarmonia Poznańska“ findet am Sonntag, 8. 3. Mts., mittags um 12 Uhr in der Universitätsaula statt. Das Konzert leitet einer der vorzüglichsten tschechoslowakischen Dirigenten, Prof. A. V. Šírák aus Prag. Als Solist tritt auf der Konzertmeister der Filharmonie, St. Pawłak. Im Programm „Sinfonie aus der neuen Welt“ von Dvorák. „In der Tat“ von Rózsa und das Violinkonzert von Beethoven. Karton bei Herrn Szczęsny, Fredrik 1.

* Birnbaum, 4. März. Die Arbeiter der Firma Huttner S. A. aus Kattowitz, die große Flächen durch Raupenfraß vernichtet haben, werden die Böden in der Oberförsterei Birnbaum gelaufen und fällen läßt, find am Sonnabend wegen Wohlifferenzen in den Außendörfern getreten.

* Bromberg, 4. März. Gestern wurde in einem Schuppen der Peterhanschen Ziegelei die Leiche eines Mannes gefunden, der schon stark in Verbrennung übergegangen war. Aus Papieren ergab sich, daß der Tote ein 55jähriger Schlosser Franz Radeczk war, der sich am 2. Januar von Olsztyn nach Bromberg abmeldet hatte. Es wird angenommen, daß er hier Arbeit gesucht, aber nicht gefunden hatte und dann mittellos umhergeirrt ist und gestorben in jenem Schuppen genächtigt hat. Dort ist er vermutlich infolge Entzündung verstorben oder hat durch Erstrieren seines Leibes umgekommen. — Ihren schweren Verletzungen erlegen ist gestern nachmittag die Gattin des Kaufmanns Chrus, die sich am Sonntag mit einem Revolver in die Brust geschossen hatte.

s. Culm. 4. März. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Bronisław Wegner, ul. Grzybowska 31, ist am 20. 3. Mts. der Konkurs eröff

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börse.

Schlüssel zu der Schatzkammer verloß. Er bestritt den Diebstahl entschieden. Pfarrer Reich nahm den Kürzer aber energisch ins Gebet, und er gestand endlich, mit seinen beiden erwachsenen Söhnen den Diebstahl ausgeführt zu haben. Gegen 150 Perlen wurden in einer Glaskugel aus dem Kirchhof vergraben aufgefunden, viele haben die Söhne in Danzig verkauft. Alle drei wurden verhaftet und ins hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

* Samter, 3. März. Am Dienstag fiel das Pferd des Landwirts Francowial aus Ostroleśie in der ul. Sadowa bei der Begegnung mit einem Auto tot zu Boden. Das Auto, das femerlei Signale abgab, wurde von dem Besitzer des Fuhrwerks, der es lenkte, zu spät bemerkt, und, um dem Auto Platz zu machen, lenkte er das Pferd schnell zur Seite, wobei sich dieses an einem Baum den Kopf schlug und tot zu Boden fiel. Der Genannte erleidet großen Schaden, zumal das Auto schnell davongefahren, so daß seine Nummer nicht erkannt werden konnte.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau, 1. März. Die Kanzlei des griechisch-orthodoxen Konsistoriums in Warschau war der Schauspielplatz einer erschütternden Tragödie. Der 27jährige Beamte Jagiello der vor einem Jahr seine Frau verlassen hatte, war nämlich in der Kanzlei vorzeitig geworden, da er zur griechisch-orthodoxen Kirche übergetreten wollte, um auf diese Weise die Scheidung von seiner Frau zu erlangen. Diese hatte jedoch von der Absicht ihres Mannes Kenntnis erhalten und war gleichfalls nach der Kanzleigebäude wo sie plötzlich einen Revolver hervorholte und auf ihn einen Schuß abgab. Vorübergehende Detektive hörten es und drangen sofort in das Zimmer, wo sie Jagiello in seinem Blute liegend und die junge Frau mit dem Revolver in der Hand voranden. Jagiello, der eine schwere Bauchwunde davongetragen hatte, wurde von der Rettungsvereinheit unverzüglich nach dem Krankenhaus geschafft, während seine Frau sich widriktiglos von der Polizei fernnehmen ließ. Sie erklärt, daß sie vor drei Jahren geheiratet hätten. Anfanglich sei ihr Glück ungeteilt gewesen dann aber wäre es zu ersten Berufskrisen gekommen, die schließlich zur Trennung zwischen den Ehegatten führte. Als Jagiello sich dann zwecks Erlangung der Scheidung um die Aufnahme in die griechisch-orthodoxe Kirche bemühte habe sie beschlossen, ihn zu erschießen. Jadwiga Jagiello wurde in Untersuchungshaft genommen.

Aus Polnisch-Oberschlesien.

s. Katowic, 1. März. Über das Vermögen der Frau Clara Lindenberger, ul. Wojska 14, ist am 21. v. Mts. der Konkurs eröffnet und zum Verwalter der Kaufmann Emanuel Switalski, ul. Kościuszki 44, ernannt worden; Anmeldefrist bis zum 28. März.

Aus Österreich.

* Goldberg, 2. März. Einer Witwe aus einem Dorfe des Kreises, die ihren in den Krieg gegangenen Sohn lange für tot gehalten hatte, wurde plötzlich eine unverhoffte Freude zuteil. Sie erhielt nämlich von ihrem Sohn einen ausführlichen Brief aus dem Innern Afrikas. Am Anfang des Krieges wurde der Lotsglaubte von den Franzosen im Westen gefangen genommen und nach Marokko transportiert. Von dort gelang es ihm nach vier Jahren, also 1918, zu entfliehen, wo er dann auf einem Dampfer als Kohlentrümmer Stellung nahm und später an der Küste Afrikas abmusterte. Durch irgend einen Unfall fiel er afrikanischen Einwohnern in die Hände, die ihn abermals als Geisel in das Gefängnis mischelten, wo er bei Hunger und Peitsche furchterliche Prüdigkeiten leisten mußte. Dennoch schien das Glück ihm hold zu sein; denn bei einem Gefecht in der Wüste konnte er entfliehen, ohne bemerkt zu werden. Seit dieser Zeit war er als Haussiedler bei einem reichen Afrikaner, wo es ihm sehr gut ging. Er konnte sich so viel sparen, daß er bald die Heimreise nach Deutschland angutreten gedenkt.

Aus dem Gerichtsaal.

s. Posen, 27. Februar. Die 2 Strafklamerurteile wegen Diebstahls Roman Andruszewski von hier zu 1 Jahr Buchtheim, 3 Jahren Chorverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Stefan Bercha zu 6 Monaten, Walenty Bercha und Aleksander Stolarski zu je 6 Wochen und den Gehalter Józef Ciburski zu 2 Monaten Gefängnis.

Radiotafel.

Nundfunkprogramm für Freitag, den 6. März.

Berlin. 505 m. Vorm. Nachrichten. Nachm. 4.30 Uhr Unterhaltungskonzert. 8.30 Uhr abends "Unter Abend".

Breslau. 418 m. 5-6 Unterhaltungsmusik. 8.30 Sinfoniekonzert (Beethoven, Wagner).

Königsberg. 463 m. Abends 8 Uhr "Aida", Opernspiel.

Wien. 426 m. Abends 8.30 Uhr "Lustiger Abend".

Mom. 426 m. Abends 8.30 Konzert.

Wien. 530 m. 4.10-6 Uhr nachm. Konzert. 6.10 Uhr "Auf uns'r Wärdeentwelt". 8 Uhr abends Lustige Einakter.

Zürich. 512 m. 8.15 abends Männerchorabend.

Nundfunkprogramm für Sonnabend, den 7. März.

Berlin. 505 m. Vorm. Nachrichten. Nachm. 4.30 Unterhaltungskonzert. 8.30 abends Beethoven. Abend.

Breslau. 418 m. 8.30 abends "Der Waffenschmied", Opernspiel.

Hamburg. 395 m. Abends 7.30 "Peer Gynt".

Königsberg. 463 m. Abends 9.15-10.15 Tanzmusik.

Leipzig. 454 m. Abends 8.15 Operettenabend.

Münster. 410 m. Abends 8.30 Tanzmusik.

Stuttgart. 448 m. Abends 8-9 Bach-Abend.

Mom. 426 m. Abends 8.30 Konzert.

Wien. 530 m. Abends 8 Uhr Mozart-Abend.

Zürich. 512 m. Abends 8 Uhr Tanzabend.

Briefkasten der Schriftleitung.

Auskünfte werden unteren Form gegen Entschädigung der Beantwortung angeschickt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zu beilegen.

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktags von 12-1½ Uhr.

v. P. R. Für derartige Renten sieht die polnische Auswertungsverordnung vom 14. Mai v. J. keine Progenzäte nicht vor. Die Auswertung ist also bis zum vollen Goldwert möglich. Sie kann nur von den Gerichten festgesetzt werden.

M. in G. Deutliche Institute gibt es nicht mehr. Es wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben, als Ihren Sohn einer höheren deutschen Lehranstalt zuzuführen.

v. P. R. Ihre Anfrage muß so lange unbeantwortet bleiben, bis Sie die für jede Anfrage geltende Bedingung der Beilegung eines Preisumschlags mit Freimarke erfüllt haben.

G. K. in W. Wir haben Ihre Zuschrift an einen hiesigen Rechtsanwalt zur Erledigung weitergegeben. Sie werden von ihm bald etwas Näheres hören.

Wer gute Geschäfte machen will,

versäume nicht den Anzeigenteil der Tageszeitungen fortlaufend zu benutzen. Die ständige Reklame bietet die beste Gewähr für den vermehrten Umsatz, den zu erzielen jeder Kaufmann bestrebt sein muß. Wünschen Sie, daß Ihre Ankündigungen in einem weit verbreiteten Blatte mit gut sichtbarem Leserkreise aufnahme finden, dann wählen Sie stets da-

Industrie.

Die polnische Pflanzenölindustrie leidet z. St. außerordentlich großen Mangel an Rohstoffen. Da bereits alle bedeckenden Ölfabriken zum Stillstand gekommen sind, ist dieser Industriezweig beim Warschauer Handelsministerium vorstellig geworden, um Kredite für den Einfuhr von Rohstoffen und die Aufhebung des Ausfuhrzolls für Ölfässchen zu erlangen.

Im Dombrowsker Kohlenrevier sind infolge der allgemeinen Krise und des Mangels an Absatz von den 41 kleineren Gruben jetzt nur noch 5 in Betrieb. Die größeren Gruben arbeiten auch nur noch 2-3 Tage in der Woche. Weitere Arbeitseinschränkungen stehen bevor. Unter den Arbeitern herrscht große Erbitterung. Vertreter der stillgelegten Gruben sind bemüht, von der Warschauer Regierung Kredite zur ermöglichen der Wiederaufnahme der Arbeit zu erlangen.

Von den Banken.

Der Verwaltungsrat der Danziger Privat-Aktien-Bank hat die ihm vorgelegte Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1924 genehmigt und beschlossen, der am 25. März stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, auf die Stammaktien und auf die Vorzugsaktien acht Prozent Dividende zur Verteilung zu bringen. Ferner wird beabsichtigt, der am 25. März stattfindenden ordentlichen Generalversammlung wesentliche Einschränkungen der Rechte der Vorzugs-Aktionäre vorzuschlagen. Insbesondere soll die Vorzugs-Dividende auf vier Prozent herabgesetzt werden. Darüber hinaus sollen die Vorzugs-Aktien nur in gleicher Weise wie die Stammaktien an der Dividende teilnehmen mit der Einschränkung, daß die Vorzugs-Aktien keinesfalls mehr als acht Prozent Dividende erhalten dürfen. Die im Statut vorgesehene Nachzahlungspflicht für die Vorzugs-Dividende soll in Wege kommen, ebenso auch das Aufgeld von zwanzig Prozent bei der Rückzahlung der Vorzugs-Aktien, sei es infolge Kündigung oder in der Liquidation. Auch sollen die im Statut vorgesehenen Erfordernisse für den Einzahlungs-Beschluß der Generalversammlung zu Gunsten der Stammaktionäre geändert werden. Der Verwaltungsrat glaubt mit diesen weitgehenden Änderungen allen berechtigten Wünschen der Stammaktionäre Rechnung zu tragen.

In der Sitzung des Ausschusses der Bank Bielsko-Szp. Baraborski am 27. Februar wurde die vorgelegte in Bloch aufgestellte Bilanz beschlossen und genehmigt. Es wurde beschlossen, der am 30. März stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, daß Anlagekapital auf 20 Millionen Bloch festgesetzt und 2 Millionen Bloch zur Reserve zu stellen, und zwar 1 886 431,71 zł als Kapitalreserve und 172 157,78 zł als Spezialreserve. Auf diese Weise wird eine 1000 Mt. Aktie auf 20 zł aufgewertet. Die Hauptaktien der Bank bilden 8 794 822,78 zł bar, 8 982 861,14 zł Effekten, das Hauptgebäude im Buchwerte von 4 907 503,16 zł, andere, zum Verkauf bestimmte Immobilien 11 885 525,21 zł. Der Immobilienbesitz der Bank war nach vorwiegendlichen Normen auf 27 Millionen abgeschätzt; hierin sowie in den Effekten besitzt die Bank noch eine hohe Reserve.

Von den Märkten.

Auf dem Moskauer Metallwarenmarkt wurden Ende der zweiten Februarhälfte notiert: Sorteneisen mit 2,10 Rubel franco-Uralwert, Nägele 42 Zoll Nr. 8 4,20 Rubel je蒲ud, Teilen 10 Kopeken je Zoll, 99,8%iges Blei 8 Rubel je蒲ud franco Leningrad und 9,25 Rubel franco Moskau.

Von den polnischen Holzmärkten. Auf dem Bromberger Holzmarkt zahlte man je Kubimeter in zl. lieferne Tischlerbretter 78-80, Gipschlägel 68-72, Schalbretter 39-45, Formkastenhölzer 38-48, eichene Tischlerbretter 95-120, Fußbodenbretter 94-116.

Auf dem Bielsko-Szp. Markt waren die Preise lolo Verladestation folgende: lieferne Ausfuhrklöße und -Ballen 20-25 Centimeter Durchmesser 12-16 zl., 26-30 Centimeter 15-18, über 40 Centimeter 18,5-22, lieferne Blöcke über 40 Centimeter 25-27, Rofschiden (Moje und Ballen) 10 Prozent billiger, lieferne Grubenholz 9-12, lieferne Telegraphenstangen 14-16, Papierholz 9-13 je Festmeter, eichene Tournierklöße 88-97, Eichenholz 50-54, Erlenholz 25-27, Eschenholz 24-28 je Kubimeter, lieferne Schwellen 8,5-9,7, Sleepers 7,50-8, eichene Schwellen 5,60-6,20 je Stück, lieferne beschneidete Ballen 45 bis 50, Zimmermannsballen 22-23, eichene Zimmermannsballen 22-25 je Kubimeter, Hartes Brennholz 5,10-6,50, eichenes 5,50-5,10 je Festmeter.

Auf dem Warschauer Markt zahlte man für französisches Holz 9. J. 58 zł je 100 Kilo lolo Verladestation.

Holz, Krakau, 4. März. Inland. Material Tanne und Fichte 88, Tischlerholz 62, Eiche 160, Sägemühlentundholz Tanne und Fichte 22, Sägemühlen-Eichenholz 55, eichene Unterlagen für 1 qm lolo Verladestation. In weiterer Folge lädt sich großes Interesse des deutschen Marktes feststellen. Viele deutsche Kaufleute erscheinen zwecks Information und auch zum Abschluß von Ginkäufen. Sie interessieren sich hauptsächlich für Tannen-, Kiefern- und Eichenbaumholz. Gleichfalls bemerkt man Interesse des holländischen Marktes für unser Holz, vor allen Dingen für Sägemühlenmaterial. Auf dem Innenmarkt verschwindet die Apathie gegenüber der Ansage größerer Belebung im Bauwesen. Tendenz steigend. Weiterhin fehlt Vargeld. Verläufe schließen man hauptsächlich mit zwei- bis dreimonatigen Wechseln ab, welche bisher pünktlich eingelöst wurden.

Metalle. Nowy Wytom (Poln.-Obersch.), 4. März. Die Friedenshütte notierte Rohguß At. 1 mit 147 zł pro Tonne. Tendenz: gehalten.

Wrocław, 3. März. Aufgrund starker Konkurrenz und schwieriger Bedingungen beim Verkauf wurden die Engrospreise für Rohstoffe "Chlebista" auf Holzfässchen bis auf 155 zł pro Tonne franco Waggons Verladestation herabgesetzt.

Leder und Häute. Lublin, 2. März. Auf dem Markt für fertige Häute herrscht große Belebung, hervorgerufen durch den Saisonansatz. Preise trocken aus der vorigen Woche gehalten, bei etwas starker Tendenz.

Wrocław, 3. März. Auf dem Markt für Rohleder ist die Tendenz weiterhin stark. Der Markt ist belebt infolge Leder-einkäufe für militärische Lieferungen. Besondere Einflüsse auf diese Belebung hatte die Nachricht über Vorschüsse für die Lieferanten, welche sie im Laufe dieser Woche erhalten sollen. Man notierte lolo Schlachthof für 1 kg frisch Gewicht: Kindshäute 1,17,

Kalbshäute 2,50, Pferdehäute 17 zł pro Stück.

Konkurrenz. Warschau, 3. März. Fr. 1 Ag. in zl.: Bittere Mandeln, Aprilosenkerne 3,80, süße Varietät 5,30, in Schalen 2,40, Muskatnuss 11,50, Muskatblüte 16,50, Lorbeerblätter 1,90, Bims, Caſſia Lignea 2,80 Vera prima 2,50, Feigen, Halloume 1,10, neue Ernte 1,70, Feigen, Calamata 1,10, japanische imbir 4,80, amerikan. Kaka 1,24, engl. Kaka in Kästen zu 50 kg. Mroż. 1,50, zu 50,8 kg. Paket 1,85, Ceylon-Lee 1. Gatt. 12,10, Java-Lee 11,85, Moringa Kongoo-Lee 6,25, Ringkong 6,50.

Brot und Fleisch. Krakau, 2. März. Für 1 kg. Lebendgewicht: Bullen 0,62-1, Rinder 0,68-1, Kühe 0,45-1, Färzen 0,68-1, Kälber 0,70-1,20, Schweine 1,28-1,40, Schlachtwiegen 1,70-2.

Der Auftrieb betrug: Rinder 632 Stück, Kälber 803, Schweine 988; von diesen wurden von den städtischen Konsumtoren verbraucht: 538 Rinder, 786 Kälber, 939 Schweine, auf 2257 Stück. Nach auswärts gingen: 84 Rinder, 17 Kälber, 49 Schweine, auf 150 Stück, nach dem Ausland 16 Stück.

Produkte. Warschau, 4. März. Im privaten Verkehr notierten für 100 kg. franco Weizen 42,50, Roggen 31,50, Hafer 30,50, Gerste 31, Weizenkleie 22,50, Roggenkleie 19, Leinfrüchte 31, Rapsfrüchte 26,50, Raps 55; für 1 kg. franco Warschau: Weizenmehl 50prozent 0,65, Roggenmehl 50prozent 0,54. Tendenz: abwartend.

Eselmetalle. London, 4. März. Silber 32½%, bei term. Zustellung 32½%, Gold 86,19.

Kurse der Posener Börse.

	für nom. 1000 Mark in złoty:	
Wertpapiere und Obligationen:	5. März	4. März
4% Posener Pfandbriefe (Vorkriegs-)	—	35,00
8½ dolar. Bist. Posn. Klemmtwa Kred.	10,50-10,80	9,50-9,75
5% Pozycja konwersyjna . . .	—	8,40
	—	0,56
Banakkrediten:		
Spolecki, Potocki, Skałka I-VI. Em.	6,00	6,00
Bank Poznański I.-III. Em.	0,50	0,60
Bank Przemysłowa I-II. Em.	6,50-6,75	6,50-6,30
Bank Zw. Spółek Zarob. I-XI. Em.	—	18,40
Bolsz. Bank Handl. Poznań I-IX.	3,90-4,00	4,00
Bon. Ban. Klemmtwa I.-V. Em.	—	3,50
Bank M. Stadthagen-Pygojosc.	—	—
I.-IV. Em.	1	

Bitte ausschneiden! Bitte aufbewahren!

Ausfunkst

und Rat in allen polizeilichen, Verwaltungs- u. gerichtlichen Sachen, Hypotheken- und Erbbauregulierungen, Bahnhöfen Staatsangehörigkeitsfragen und Steuerfragen auf Grund langjähr. Prakt. Erfahrungen. Anseritung von Gefuchen, Beschwerden und sonstigen Schriftstücken jeglicher Art.

Droese, Kreissekretär a. D., Srem, ul. Kilińskiego (Zemperstraße) Nr. 45.

Liquidanten und Optanten!

Bei Ankauf von Wirtschaften, Gütern, sowie industriellen Unternehmungen jeder Art in Deutschland werden Sie sachgemäß in Posen und Berlin beraten. Anfragen unter O. 5444 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Landwirtschaft,

240 Morgen groß, mit Administratoren oder Inventarkauf zu pachten gesucht. Offerten unter B. 3. 4311 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Achtung, Optanten!

Habe Grundstücke aller Art in Deutschland zu tauschen oder zu verkaufen. Stadtgrundstücke und Landwirtschaften in jeder Größe.

Jakob Szepanski, Schönlanke (Neukreis), Posener Straße 31 (Deutschland).

Dampf- oder Wassermühle
zu pachten gesucht.
Näheres durch Petras, Sägewerk, Boruja Stara, bei Nowy Tomisł.

Aktien

der Zuckarfabrik Opalenica kaufen für Bargeld.

Offerten unter 4274 mit Angabe des Kurses an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Nervöse, Neurastheniker,

die an Neizbarkeit, Willensschwäche, Energielosigkeit, trübe Stimmung, Lebensüberdruck, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Angst- und Zwangszuständen, Hypochondrie, nervösen Herz- und Magenbeschwerden leiden, erhalten kostengünstige Broschüre von Dr. Weise über Nervenleiden.

Dr. Gebhard & Co. Danzig,
Kass. Markt I b.

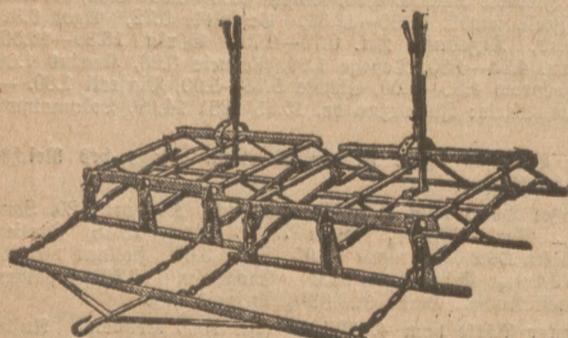
S. Kaczmarek, Poznań

ul. 27. Grudnia 20. ul. 27. Grudnia 20.

empfiehlt in grösster Auswahl
zu bekannt billigen Preisen

prima Damen- u. Kinder-Wäsche, Korsetts u. Büstenhalter, wollene Jacken, Kleider u. Kostüme, Damen- u. Kinderstrümpfe, Tricotagen, Schlafröcke usw.

Original „Harder“ Universal-Ackerschleife
für alle Bodenverhältnisse einstellbar.



Die Ackerschleife des großen Erfolges!

Aus neu eingetroffener Sendung sofort ab Poznań lieferbar durch den Generalvertreter:

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 23 Tel. 2480.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichnete bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat März 1925

Name

Wohnort

Postamt

Straße

Sahnen-Bonbon
sind wohlschmeckend und nahrhaft von
Kaszubowski - Starogard.

Flügel
schwarz, von Efeu, gut erhalten.
Salontisch, verlaufe wegen
Platzmangel billig.
Pontani, Poznań,
ul. Staszycy 9, 1
von 8 Uhr nachmittags.

Sudetendeutsche Tages-Zeitung

Erscheint täglich, abgenommen, an Tagen
nach Sonn- u. Feiertagen. — Geschäftsräte:
Prag, Herzberg 8 II. Teleph. 4919. Schrift-
leitung Tetschen o. E., Moritzb., Teleph. 100

Bezugspreis: Viertelj. flc. K. 86,-
monatlich K. 18,-, der Botengang, K. 2,-
mo. all. mehr. Einzelpr. 70, Sonn. 80,-
Verw. Tetschen o. E., Moritzb., Tel. 9

Folge 1. Prag, Sonntag 1. April 1925. 1. Jahrgang.

Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ ist das einzige unparteiische und rein östliche Tagblatt der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien — eines obersprengten, wirtschaftlich und kulturell bedeutendsten Volkes von nahezu 4 Millionen Menschen. Sie unterrichtet — über den Parteien stehend — über alle politischen Fragen, Ereignisse und Tageserfahrungen, und bildet das beste und zuverlässigste Informationsmittel über das Sudetendeutsche Auslandsdeutschland.

5189

Sonnenblumenkuchenmehl

Baumwollsaatmehl

stellen sich im Verhältniss viel billiger als Kleie.

Fischfuttermehl

offerieren jede Menge

Darius & Werner, Poznań, plac Wolności 18.

Telephon 34-03 u. 40-83.

Tel.-Adr.: „Kartofle“.

Alteingeschultes, flott gehendes
Delikatessen-, Kolonialwaren- und Weingeschäft
mit Wollkonsens, sofort an kapitalrächtigen Händler, unter
günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Angeb. unter B. 3. 4337 an die Geschäftsstelle d. Bl. erh.

zu kaufen gesucht. Gefällige Angebote mit Preis
unter B. 4342 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten n.

Haus oder Bauplatz

zu kaufen gesucht. Gefällige Angebote mit Preis
unter B. 4342 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten n.

Klee-

Dreschmaschinen

Lanz

sind die besten.

Sofort lieferbar
ab Lager Poznań
der General-Vertretung für Polen

Nitsche i Ska.

Poznań, Kantaka 10

WARSZAWA

Zlota 30.

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen
Kenntnis gebracht, daß

1. der Landwirt Karl August
Hermann Brendler, wohnhaft in Schlichtow, Kr. Cottbus, in Preußen.

2. die Bauerin Frieda
Helene Hoffmann, ohne
besondere Beruf, wohnhaft in Schlichtow, Kr. Cottbus, in Preußen, die Ehe mit
einander eingehen wollen.

Die Bekanntmachung des
Aufgebots hat in der Gemeinde
Schlichtow, Kreis Cottbus, und
im Posener Tageblatt in Posen
zu geschehen.

Schlichtow, am 20. Februar 1925.

Der Standesbeamte.

N. a. m.

Achtung!

Suche Heirat

mit Witwe oder Fräulein von
30—50 Jahren. Von Witwer.

51 Jahre alt, poln. Staats-

bürger, Besitzer eines Geschäft-

grundstücks im Werte von

30.000 Złoty. In Betracht

kommen nur größeres Unter-

nehmen oder Landwirtschaft.

Angbote unter B. 4316 an

die Geschäftsstelle d. Blattes.

Andacht in den

Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A

Wolnika.

Freitag, abends 5 1/2 Uhr,

Sonnabend, morgens 7 1/2 Uhr,

vormittags 10 Uhr,

nachm. 5 1/2 Uhr mit

Schreiterklärung.

Sabbatgang 6 Uhr 36

Minuten.

Werktag morgens 7 Uhr

mit anschl. Lehrvortrag.

Werktag abends 5 1/2 Uhr.

Montag, Dienstag, Mittwoch

ende 6.35.

Bürom. Abend.

Montag, den 9. März abends

6 Uhr.

Dienstag, morg. 6 1/2 Uhr,

nachm. 4 Uhr,

abends 6.40 Uhr.

Synagoge B

(Israel. Brüdergemeinde).

Ulica Dominikańska.

Freitag abends 5 1/2 Uhr,

Sonnabend vormittags 10 Uhr.

Unkäse u. Beeskäse

Raupe beziehbare

Billa

(4—6 Zimmer) in Posen, auch

Borussia an Straßenbahn, kein

Vergnügungsobjekt. Offerten von Be-

gern unter B. 4319 an die Ge-

schäftsstelle d. Bl. erh.

zu verkaufen.

1 gebr. Drillmaschine,

2 m. breit mögl. Zimmermann.

Kaufe vor Rasse

H. Roy, Morasko,

poczt. Owiński.

Landwirtschaft,

57 Morgen, Gebäude massiv,

lebend. und totes Inventar in

Deutschland nach Polen zu

tauschen ob zu verkaufen.

Offerten erbeten an

Johann Reimann,

Hammer Nr. 16, Volk Schlawe

Kr. Freystadt (Niederlausitz).

Werkstatt

Richard Gilewsky,

Cüstrin-l. Kuhbrücke 7.

Gärtnerei

in Täfelin 5 Morgen groß,

Freilandkulturen, 300 Fenster,

250 Obstbäume, massive Ge-

bäude. Frei werden sofort 3

Zimmer, Küche, Kammer und

Zubehör. Wegen Tothafalls so-

fort zu verkaufen. Preis:

20.000 Rentenmark.

Angaben an Richard Gilewsky,

Cüstrin-l. Kuhbrücke 7.

Wichtig für

Auswanderer!

Ein kurz vor dem Kriege er-

bantes Haus, mit großen

Ställungen, 10 bis 12 Morgen

<p

Um den Garantiepakt England-Frankreich.

Chamberlain kommt nach Paris.

Paris, 5. März. Chamberlain wird morgen abend in Paris einreisen und in der britischen Botschaft absteigen. Nach dem bis jetzt getroffenen Vorkehrungen wird er mit Herrn Sonnenberg vormittag zusammenkommen und am späten Abend des gleichen Tages noch Genf weiterreisen.

In den letzten Wochen brachten die Zeitungen spaltenlange Berichterstattungen über den Kontrollbericht und die Sicherheitsfrage. Die Sicherheitsfrage wurde immer wieder in den Vordergrund geschiehen, und zwar in sehr geschickter Weise von den Franzosen dadurch, daß man aller Welt verhinderte, Deutschland habe riesige Verfehlungen gegen den Versailler Vertrag begangen und unterhalte ein Heer, das fast Friedensstark sei. Auch der Generalstab sei so stark.

England, das sehr wohl erkannte, was Wahrs an diesem Berede sei, versucht nun schon die ganze Zeit, sich etwas von der französischen Umarmung zu befreien. Aber es geht sehr schwer, denn Frankreich ist so außerordentlich stark auf dem Lande, zur See und in der Luft gerüstet, daß England sich keinem ernsten Konflikt mit dieser Militärmacht ausziehen darf. Es muß also verhandeln.

So möchte nun England einerseits Frankreich als starken Bundesgenossen und Geschützen seiner Interessen haben, um seinen Welthandel entwickeln zu können, und ebenso möchte Frankreich Deutschland gefestigt am Boden widerhalten. England will nun Deutschland in eine sogenannte westeuropäische Staatengemeinschaft aufnehmen zum Zweck der Sicherheit Europas, aber beide Staaten, England und Frankreich, wollen dies unter Bedingungen, die Deutschland wohl kaum annehmen können wird; denn inzwischen hat sich auch im fernen Osten durch das Bündnis Japans, Russlands und Chinas eine Situation gebildet, die für Deutschland außerordentlich entlastend wirken kann.

Über all diese Fragen soll nun künftigen Sonnabend in Paris verhandelt werden. Vor allen Dingen sollen die deutschen Vorschläge hinsichtlich eines Sicherheitspaktes zur Sprache kommen und geprüft werden.

Über das deutsche Sicherheitsangebot

schreiben die "Times":

"In den letzten Tagen des Januar habe der deutsche Botschafter in London der englischen Regierung den Vorschlag gemacht, einen Garantiepakt für das Rheingebiet zu erläutern. Er wurde von England dahingehend informiert, daß dies eine Angelegenheit sei, die auch Englands Alliierte angehe, so daß die Alliierten über derartige Vorschläge informiert werden mühten."

Daraufhin hätten alsdann die deutschen diplomatischen Vertreter in London, Paris, Brüssel und Rom gleichzeitig den dortigen Regierungen den Vorschlag gemacht, in eine Diskussion dieser Frage einzutreten. Die Eröffnungen der deutschen diplomatischen Vertreter in den einzelnen Hauptstädten hätten formell und inhaltlich eine Abweichung aufgewiesen. In jeder Hauptstadt sei eine Deckschrift überreicht worden, begleitet von mündlichen Erläuterungen.

Der schriftliche deutsche Vorschlag stelle seit, daß Deutschland das überwiegende Interesse von Frankreich, Belgien und Großbritannien an der Erhaltung des status quo im Rheinland anerkenne, eine Festlegung der territorialen Bestimmungen am Rhein könnte aber keine dauernde sein, wenn Deutschland davon ausgeschlossen sei. Zum Beweise des ehrlichen Willens, einen dauernden Frieden herbeizuführen, will die deutsche Regierung sich bereit erklären, die Möglichkeit eines Garantiepaktes zu erörtern, der sich auf das Rheingebiet zu beziehen habe und zu dem alle Nationen der Alliierten eingeladen werden sollen.

Als Ergänzung eines derartigen Paktes würden Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei abzuschließen sein. Die deutsche Regierung werde das Ziel einer Revision der Ostgrenze in direkten Verhandlungen mit Polen zu erreichen suchen, müsse sich aber vorbehalten, daß, wenn die Verhandlungen ergebnislos verlaufen würden, Deutschland von anderen friedlichen Mitteln, vor allem von der Anrufung der Satzungen des Völkerbundes Gebrauch machen müsse.

England garantiert die französische Ostgrenze.

Deutschland gehört in die westeuropäische Staatengemeinschaft.

Immer noch gehen in Paris und London die Verhandlungen über Sicherheitsfragen und Garantiepakt. England konnte sich lange nicht dazu entschließen, die französischen Ostgrenzen zu garantieren. Nach den gestrigen Meldungen der "Times" hat jetzt England doch diese Garantie übernommen, um einem schweren Konflikt mit Frankreich vorzubeugen.

"Daily Telegraph" meint weiter dazu: England würde sich das Recht vorbehalten, in jedem Falle zu entscheiden, wann die Verpflichtung zum Eingreifen gegeben ist. Sehr wichtig ist ferner, daß die Sicherheit als Voraussetzung dafür betrachtet wird, daß Frankreich seine Schulden bezahlt, und man rechnet ferner damit, daß der Zahlungszwang zur Verminderung der französischen Rüstungen führen würde. Dadurch würde die Sicherheit Englands auch Frankreich gegenüber erhöht werden, denn die Entwicklung der Flugwaffe hat natürlich ihre Bedeutung auch für die französisch-englischen Beziehungen. Der Krieg politischer Überlegungen schließt sich, indem die Garantie Frankreichs gegen Deutschland gleichzeitig eine Garantie Englands gegen Frankreich werden soll. Dabei besteht natürlich nach britischer Meinung der Tatbestand fort, daß die Sicherheit Frankreichs von der Raumungsfrage getrennt bleibt.

Die "Times" sagen zu diesen Dingen: "Eine Politik der Vereinigung ist nicht länger möglich. Die zeitgemäße Technik hat, besonders in der Luftfahrt, solche Fortschritte gemacht, daß Grenzen, die früher politische und militärische Bedeutung besaßen, aufgehört haben, Grenzen zu sein. Neben Tätigkeit feindlicher Streitkräfte auf französischem oder belgischem Gebiet nahe der Küste würde eine ernste Bedrohung der britischen Sicherheit der Küste würde eine ernste Bedrohung der britischen Sicherheit darstellen. Die europäische Lage ist heute außerordentlich ungewis. Einer der Hauptgründe dafür liegt in der von Frankreich befolgten Politik, Zentrale und Osteuropa unter Waffen zu halten aus Furcht vor der deutschen Vergeltung. Diese französische Politik ist die unmittelbare Folge des Scheiterns des Sicherheitsvertrages von 1919. Das Scheitern dieses Vertrages ließ es einzige Schranke Frankreichs gegen Deutschland die zeitweise Besetzung des Rheinlandes übrig. Zedenfalls hinderte diese Politik die Franzosen daran, ihre Kräfte für den finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau zusammenzufassen und die Schuldensfrage zu erledigen."

Deutschland muß in die Gemeinschaft der westeuropäischen Nationen eingeschlossen werden. Es muß u. a. in den Völkerbund eintreten als gleichberechtigtes Mitglied. Aber auch dies kann nicht geschehen ohne Frankreichs Zustimmung. Die logische Folge dieser Überlegung wäre, daß die britischen Interessen und die britische Sicherheit irgend ein Übereinkommen mit Frankreich erfordern, daß Frankreich die Sicherheit bringt, die es anstrebt und die es von der Furcht vor einer deutschen Vergeltung befreit."

Chamberlains Bejahung.

London, 5. März. Unterhaus. Auf eine Anfrage, ob Chamberlain irgend eine Ankündigung über die Vereinfachung der deutschen Regierung an einer Konferenz zwecks Ausrüstung und Sicherheit teilzunehmen, erhalten habe, erwähnte Chamberlain verneinen, fügte jedoch hinzu, dies dürfe nicht dahin ausgelegt werden, daß die deutsche Regierung nicht willens sein werde, an der vom Völkerbund geplanten Ausrüstungskonferenz teilzunehmen.

Die Probleme in anderem Licht.

Der Sicherheitspakt, den Deutschland den Alliierten vorschlägt, wird nunmehr in großen Umrissen bekannt. Deutschland erklärt sich bereit, mit Frankreich, Belgien und England einen Vertrag abzuschließen, durch den die Sicherheit und die Grenzen Westeuropas dauernd garantiert werden sollen. Italien wird es von Deutschland freigestellt, diesem Vertrage beizutreten. Betreffend der polnischen Sicherheit erklärt sich Deutschland bereit, ein Schiedsgericht in Streitfragen einzusetzen zu wollen. Deutschland wünscht, daß mit Polen und der Tschechoslowakei eigene Verträge abgeschlossen werden. Die Pariser Presse erklärt heute früh, daß die lebigenannten Bedingungen Deutschlands unannehmbar seien. Deutschland müsse sich verpflichten, die im Versailler Vertrage aufgestellten Grenzen ohne Änderung zu respektieren. Insbesondere könnte nicht zugelassen werden, daß die Sicherheitsfrage gegenüber Polen durch ein Schiedsgericht aufgerollt werde. Anberreits wird aber bekannt, daß bei eventuellen Verhandlungen mit Polen dies auf den Danziger Korridor verzichten soll. Als Erstes soll Polen einen anderen Freihafen erhalten und eine Eisenbahnlücke, die nach diesem Hafen führt. Dieser Plan soll angeblich von England ausgehen. Es besteht keine Ansicht, daß dieser Vertrag von Polen angenommen wird. Ebenso wünscht man in London dringend, daß die deutschen Vorschläge in der Sicherheitsfrage angenommen werden. Paris leistet aber Widerstand und erklärt, daß unbedingt alle Grenzen garantiert werden müssen und daß sich Deutschland auch verpflichten müsse, bedingungslos dem Völkerbund beizutreten und alle im Völkerbundstaat enthaltenen Verpflichtungen durchzuführen.

Über die angeblichen Schritte, die Deutschland in der Sicherheitsfrage unternommen hat, erfährt das "Echo de Paris" folgende Einzelheiten:

Anfangs wurde über diese Frage ausschließlich zwischen Berlin und London verhandelt. Erst am 20. Januar weinte Chamberlain in den Londoner französischen Botschaft in die Verhandlungen ein, nachdem der deutsche Botschafter in London, Dr. Schaeffer, kurz vorher mündlich darauf aufmerksam gemacht hatte, daß Deutschland auf Grund der Kamerrebe Herricht vom 28. Januar seinen Vorschlag wieder zurückzuziehen bestreite. Herricht wurden die deutschen Vorschläge zum ersten Mal am 9. Februar mündlich unterbreitet. Bierzehn Tage später ist ein schriftlicher Entwurf in Form einer Verbalnote in Paris, London, Brüssel und Rom überreicht worden. Sie hat, kurz zusammengefaßt, folgenden Inhalt: Die Reichsregierung erklärt sich bereit, die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Grenzen Westeuropas durch Beschluss eines gegenseitigen französisch-englisch-belgisch-deutschen Garantiepaktes zu verbürgen. Dem Ermessens Italiens bleibt es überlassen, dem Pakte beizutreten. Über die Ostgrenzen ist die Reichsregierung bereit, mit Polen und der Tschechoslowakei einen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen. Nach dem "Petit Parisien" ist Deutschland bereit, sich ausdrücklich zu verpflichten, unter keinen Umständen eine militärische Aktion eine Änderung der geographischen Grenzen Polens und der Tschechoslowakei herbeizuführen. Die deutsche Regierung ließ dadurch ihre Forderung nach Abänderung der territorialen Grenzen dieser Staaten nicht fallen und betreibt die Verwirklichung seiner Ziele unter Berufung auf die Bestimmungen des Völkerbundpaktes. In Londoner englischen Kreisen sei man der Auffassung, daß die deutschen Vorschläge zu einem günstigen Augenblick gekommen seien und daß man der deutschen Regierung eine Gelegenheit zur Bekundung ihres guten Willens nicht vorenthalten dürfe.

Rücktrittsursachen des türkischen Kabinetts.

Zu unserer gestrigen Funkmeldung, daß Ismet Pascha mit der Bildung des neuen türkischen Kabinetts beauftragt worden sei, können wir noch folgende Ergänzungen zum Rücktritt der Angora-Regierung melden:

Es ist nämlich inzwischen ein amtliches Communiqué herausgegeben worden, dem aufsche das Kabinett wegen der Haltung der republikanischen Volkspartei in die Minderheit geriet und daß das Kabinett wegen Uneinigkeit über innerpolitische Fragen seine Demission eingereicht habe.

Andere Meldungen aus Konstantinopel besagen dagegen, daß das Kabinett im Zusammenhang mit dem Kurdenaustand zu Fall gekommen sei. Wie aus Angora gemeldet wird, sind die Kurden, die versucht hatten, sich der Stadt Konya zu bemächtigen, von einer Gendarmerieabteilung zurückgeschlagen worden. Die vor einigen Tagen aus Kharbit vertriebenen Kurden wurden weiter zurückgedrängt. Die Ortschaften Hene und Pirani, die Zentren des Aufstandes, wurden von Flugzeugen bombardiert. Auf gleiche Weise wurden die auständischen Truppen bei Diabat zerstört. In Dejari wurden 5 Spione verhaftet, als sie die Bevölkerung aufwiegelten. Bei ihnen wurden bedeutende Geldbeträge gefunden. Sie erklärten, im Auftrag des Scheiters Selim, des Führers der auständischen, gehandelt zu haben.

Aus anderen Ländern.

Ein Vorschlag Schwedens.

Paris, 5. März. Wie "Haoas" aus Stockholm berichtet, hat die schwedische Regierung dem Völkerbundsrat vorgeschlagen, eine Neutralität dahingehend anzunehmen, daß der Posten des Vorsitzenden der Regierungskommission des Saargebietes immer wechselnd verschieden Mitgliedern anvertraut werden sollte, wie dies bei mehreren anderen Institutionen des Völkerbundes der Fall sei.

Eine Anerkennung der Arbeit Mac Donalds.

London, 5. März. Lord Birkenhead würdigte gestern in einer Rede die Art und Weise, in der die Arbeitserziehung während der 8 oder 9 Monate, die sie im Amt war, die Interessen des britischen Reiches gewahrt habe. Er erklärte, es sei ausgeschlossen, daß die sozialistische Partei in England künftig beträchtliche Unterstützung leisten der Bevölkerung erhalten werde, wenn ihr nicht Männer mit Verantwortungssinn wie Mac Donald, Snowden und Thomas angehören.

Noch keinen Termin für die nächste Botschafterkonferenz.

Paris, 4. März. Wie am Quai d'Orsay heute abend mitgeteilt wurde, hat die Botschafterkonferenz bis jetzt keinen neuen Termin für eine neue Sitzung festgesetzt, sondern wartet zunächst auf das Eintreffen des Ergänzungsberichts des Marschalls Poch.

Die Ausstellung in Wembly ein Misserfolg.

Aus London wird gemeldet: Im Unterhaus sagte Abg. Alfred Butt, daß die Ausstellung in Wembly ein großer Skandal, verbunden mit weitgehender Korruption, wäre. Er deutete an, daß die endgültigen Umtosten der Ausstellung mit mehr als einer Million über den angegebenen Betrag von 8,9 Millionen Pfund hinausgehen würden. Butt verlangte die Veröffentlichung einer

ordnungsmäßig geprüften Abrechnung. Der Vertreter der Regierung bat ihn, die Vorwürfe zurückzuziehen, aber er hatte damit keinen Erfolg.

Eine angebliche Denkschrift Chamberlains.

Paris, 4. März. Durch die Presse geht die Nachricht von einer angeblichen Denkschrift Chamberlains. Diese Denkschrift soll die Richtlinien der englischen Politik sowie die Auffassungen Chamberlains über Sicherheits- und Kontrollfragen behandeln.

Disziplinierte Opposition.

Rom, 5. März. Die Parteilistung der maximalistischen Sozialisten hat gemäß den Beschlüssen des Parteitages Vertreter der Partei im Oppositionskomitee beauftragt, die Einhaltung des Oppositiopspaktes innerhalb desselben zu überwachen und hat festgestellt, daß der Beschluß des Parteitages sich gegen die Möglichkeit von Wahlverein kommen auspricht.

Hausinsturz in Rom.

Rom, 5. März. Die beiden in der Nähe von Lateran verbliebenen Erdarbeiter konnten trotz aller Bemühungen auch heute nicht geborgen werden. Ein in der Nähe stehendes zweistöckiges Haus mußte wegen Einsturzgefahr geräumt werden.

Ein ungarischer Varmat.

Budapest, 4. März. Der frühere ungarische Unterrichtsminister Stephan Haller ist in seiner Eigenschaft als Präsident einer Holzgesellschaft und einer Warenkreditbank in eine üble Finanzangelegenheit verwickelt. Er soll betrügerische Holzverkäufe an die Regierung und an Private getätigt, die Laufsummen durch seine Bank eingezogen und nicht abgeliefert haben. Dem Unterrichtsministerium ist ein Schaden von 600 Millionen entstanden. Die Warenkreditbank ist zusammengebrochen. Haller flüchtete nach Amerika.

In kurzen Worten.

Im Ruhrgebiet sind die Bergarbeiter der Aufforderung der Kommunisten, die Arbeit eine Stunde vor Ablauf der bisherigen Schichtzeit niederzulegen und die frühere Ausfahrt zu erzwingen, nicht gefolgt. Soweit bisher bekannt geworden ist, wurde auf allen Schichten die achtstündige Schicht verfahren. Zu Ruhestörungen ist es nirgends gekommen.

Die Verkehrscommission des Völkerbundes hat den Präsidenten der Hafendirektion von Oslo, Pielstrup-Norwegen, zum Mitglied des Hafenrats für Memel ernannt.

Der bulgarische Gesandte Radeff wird sich nach Angora begeben. Die Unterzeichnung des türkisch-bulgarischen Freundschaftsvertrages steht bevor.

Der erste Sekretär der städtischen Verwaltung, Wassilijew, ein heraufragendes Mitglied des mazedonischen Komites, wurde gestern auf dem Friedhof von Sofia meuchlings erschossen. Die Täter sind geflüchtet.

Im Reichsausschuß des preußischen Landtages wurden gestern die Amnestieanträge der Kommunisten und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Nach dreitägiger Pause wurden heute die Vernehmungen im Ischafa-Prozeß fortgesetzt.

Radio meldet aus Neuhof, daß ein Dr. Blaco in Denver sich der Polizei freiwillig gestellt habe, da er seine 38jährige, seit der Jugend gelähmte Tochter gelöst habe, weil sie unter furchtbaren Schmerzen litt. — Der Arzt, der selbst krank ist und seinen Tod befürchtete, wollte seine Tochter nicht ohne Hilfsmittel und ganz unfähig zur Arbeit zurücklassen. Er tötete sie deshalb mit einer starken Dosis Chloroform.

Im englischen Unterhause wurde mit großer Mehrheit das neue Wahlrechtsgebot angenommen, nach dem zehn Millionen Männer mehr das Wahlrecht erhalten.

Salomon Guggenheim, Präsident der American Smelting and Refining Co., hat 3 Millionen Dollar gestiftet. Dieser Fonds soll 50 amerikanischen Studenten gestatten, eine Studienreise nach Europa zu machen.

Letzte Meldungen.

England will vermitteln.

London, 5. März. Viscount Grey betonte in einer Ansprache die Notwendigkeit, daß Großbritannien einen festen Vorschlag zur Förderung der Sicherheit mache. Er befürwortet einen Pakt innerhalb des Völkerbundes, an dem Deutschland und Frankreich gleichen Anteil haben sollten.

Der neue englische Gesandte in Süßlawien.

London, 5. März. Der König genehmigte die Ernennung William Kennards zum Gesandten in Süßlawien.

Zu Botschaftern erhoben.

London, 5. März. Die britische und die türkische Regierung kamen dahin, ihnen gegenseitigen diplomatischen Vertretern den Rang von Botschaftern zu verleihen.

Die Luxemburger Kammerwahlen.

Luxemburg, 5. März. Bei den Luxemburgischen Kammerwahlen sind die Gegner der Eisenbahnkonvention mit Belgien, die insgesamt 24 von 47 Mandaten erhielten, in der Mehrheit geblieben. Es erhielten: Die katholische Partei 22, die radikale 10, die Sozialisten 8, die Nationale Partei 3 und die Nationale Vereinigung 2 Sitze. Ferner wurde ein katholischer Dissident und ein gemäßigter Liberaler gewählt.

Erhöhung der Parlamentsdiäten in Amerika.

Washington, 5. März. Coolidge unterzeichnete ein im Kongress bereits angenommenes Gesetz, wodurch die Vergütung für die Kongressmitglieder von 7500 auf 10000 und für die Kabinettsmitglieder von 12000 auf 15000 Dollar erhöht wird.

Ferner im Waffenarsenal.

London, 5. März. Gestern abend 9 Uhr brach im Arsenal in Woolwich Fener aus, das auch auf ein Maschinengewehr- und Patronenlager übergriff. Der angerichtete Schaden beträgt mehrere Tausend Pfund. Kurz vor Mitternacht war das Fener mehrere Personen kamen nicht zu Schaden.

Von Freitag, 6.3. ab

KINO APOLLO

Von Freitag, 6.3. ab

Preis von 70 gr.

4½, 6½, 8½,

</div



Angelus

Eau de Cologne Triple Extrait

Starogard (Pomorze)

Starogard (Pomorze)

Hackmaschinen

System „Woolnough“

(wie von Dehne gebaut)

für Getreide und Rüben

liefert bei rechtzeitiger Bestellung in allen Breiten — desgl. Maismesser

Woldemar Günter

Landw. Maschinen und Bedarfssachen,

Fette und Öle.

Poznań, ul. Szw. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25

Günstige Einkaufsquellen!

Spagat aller Art, Netzgarn, Riempargarn in sämtlichen Stärken, Rouleauschnüre, Jalousienbänder, Schusterdraht, Säcke-Nähgarn, Wäschesschnüre, Fußboden- u. Staublappen, Scheuerlappen, Bettvorleger, Rohr zu Stühlen und Bast.

Jute-Erzeugnisse:

Mehl-, Getreide-, Zucker-, Strohsäcke u. ä. Säcke für Hopfen und Wolle u. a. Pack- und Tapezierleinwand, Strohsäcke Ernte- und wasserdichte Pläne.

Tapezier-Artikel:

wie Sprungfedern, Werg, Alpengras, Rosshaare, Gobeline, Plüsche, sowie alle anderen, Fußmatten, Rohr zu Stühlen und Bast. Fischernetze in großer Auswahl empfiehlt

M. Pieczyński, Poznań, ul. Pocztowa 11.
Telephon 2414.

Telephon 2414.

Arbeitsmarkt

Dom. Korytnice, p. Roszków

sucht zum 1. April einen unverheirat., jüngeren oder älteren Hofbeamten

deutsch u. polnisch sprechend, bei frischer Station und angemessenem Gehalt. Zeugnisschriften bitte einzusenden.

Größere Landmaschinenfabrik Pommerellens

sucht für ihre Schlosserei zum Eintritt am 1. April 1925 einen tüchtigen, energischen

Werkmeister und Vorarbeiter

der mit neuen Arbeitsmethoden vertraut ist und Erfahrung im Amtswesen besitzt. Bewerbungen mit Angabe von Alter, bisheriger Tätigkeit und Gehaltsansprüchen erb. unter D. 4302 a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Wir suchen noch per sofort:

150 gefügte Schwellenhauer

70-80 Zimmerleute

zum Kantholzbeilen (Akkord)

100 gewundene Leute

zum Schälen von Lichtmasten und Telegraphensäulen.

Schnellste Meldungen an

Zarząd Przedsiębiorstwa Obrzycko
Obrzycko, pow. Szamotuly.

Herrschafft Görzno bei Garzyn, pow. Leszno
sucht ab

1. Juli d. J. verheir. Förster.

Sohn achbarer Eltern, nicht unter 16 Jahren mit guter Schulbildung, kann zum 1. 4. 1925 als

Molkereilehrling
an. Molkereigenossenschaft Tarnowo pow. Poznań (zach.)

Lehrerin zu 10-jährigem
Angebot zu senden an

Seifarth, Strzeszki, p. Środa.

Zum 1. April 1925 sucht ich für einen größeren Gutshaushalt eine tüchtige,

zuverläss. Wirtin

die in allen einschlägigen Arbeiten erfahren ist. Anzeige bitte ich zu senden an

Frau v. Fischer, Jarcewo
pow. Chojnice (Pomorze).

Für 1. 4. 25 oder später **Mamfell** für großen Schloßhaushalt geeignet, wegen Abwanderung der langjährigen jungen. Kleinere Außenwirtschaft, reichlich Personal vorhanden. **Herrschafft Görzno** bei Garzyn Kreis Leszno.

Für ein ca. 400 Mrg. groß. Gut bei Poznań wird ein jung. **Man** zum 4. 4. 25 gesucht. Poln. Sprachkenntnisse erforderlich.

Off. unt. 4336 an d. Ge-

schäftsst. d. Blattes erbeten.

Möglichst älterer **Stellmacher** mit eig. Handwerkszeug, d. aller Art Dominialarb. genügend farrt, am 1. April gesucht.

Ausführl. Ang. n. Forderung. u. S. Z. 4335 an d. Ge-

schäftsst. d. Blattes erbeten.

Für 1. 4. 25 älterer, lediger, einfacher, evang. **Forstmann**

gesucht, Poln. beherrsch. mögl. für Dauerfr. Solche Aufnahm. zu gesichert. Ausführliche Angeb. u. N. V. 4334 an d. Ge-

schäftsst. d. Blattes erbeten.

Wirtin für frauenechten Haushalt einer 80 Morg. gr. **Landwirtschaft** sofort gesucht. Melb. mit Gehaltsansprüchen sind zu richten unt. V. 4308 an die Ge-

schäftsst. d. Blattes erbeten.

Gesucht für 1. 4. oder später evang. **Zimmermädchen**

poln. sprechend, in gut bezahlte

Stellung in groß. Landhaus.

Genau Angab. u. N. S. 4333

a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Wegen Wirtschaftsänderung sucht ich für einen

verheirat. evgl. Beamten, der selbständig gut wirtschaftet, eine

neue Stellung.

Angab. fann sofort bzw. am 1. April od. 1. Juli d. J. erfolg.

Herrschafft Görzno bei Garzyn, Müller, Nittergutsbesitzer.

zur Kinder. Antritt jederzeit.

Angab. unt. V. 4303 an die Ge-

schäftsst. d. Blattes erb.

Wirtschaftsbeamter, unverh., evgl., poln. Staatsbürger und der poln. Sprache mächtig, energisch, durchaus solide und zuverlässig, zur Be-

wirtschaftung eines ca. 1800 Mrg. großen Gutes mit intensivem Betrieb zum 1. Juli d. J. gesucht. Nur

bestensfehlende Bewerber wollen ihre Meldung mit Lebenslauf, abchristlichen Bezeugnissen und Referenzen, sowie der Gehaltsanspr. unt. A. M. 4242 an die Geschäftsst. d. Bl. richten.

Landwirt, 32 Jahre alt, evgl., verh., Kinder-

los, sucht Stellung vom 1. Juli

oder später als **selbstständiger Verwalter**.

Off. unt. S. B. 4312 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Verheirater, evangelischer Müllermeister

sucht Stellung

vom 1. April d. J. auf größerer Wasser- oder Motor-

mühle, mit einem Lehrling. Bin der polnischen Sprache

mächtig. Gute Zeugnisse vorhanden.

Theodor Bessert, Karczewnik, b. Chodzież.

Empfehle mich als

Kochfrau für Festlichkeiten

für Stadt und Land.

Bin der deutschen und polnischen Sprache vollständig mächtig.

Krau Ida Otto, Strumyka 7, p. Środa.

Gutssekretärin

der polnischen und deutschen

Sprache in Wort u. Schrift

mächtig, verfehlt in der Land-

wirt. Buchführung sowie in

allen Büroarbeiten, sucht

Stellung auf grös. Gute per

sofort od. 1. 4. 25 übernimmt

auch gern die Speicherver-

waltung. Geschäftsr. Offizier

unter C. 4314 an die Ge-

schäftsst. d. Blattes erbeten.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 5. 3. „Tonca“, Gastspiel A. Georgewski.

Freitag, den 6. 3. „Madame Butterly“, Gastspiel Teito-Livina.

Sonnabend, den 7. 3. „La Bohème“, Gastspiel A. Georgewski.

Sonntag, den 8. 3. nachm. 3 Uhr, „Die schöne Helene“.

Sonntag, den 8. 3. abends 7½ Uhr, „Madame Butterly“, Gastspiel Teito-Livina.

Montag, den 9. 3. „Goplana“.

Teatr Pałacowy, pl. Wolności 6.

Nur bis Sonnabend einschließlich „Die weiße Sinfonie“

die II. Serie von „Das Rad der Qual“.

In der Hauptrolle Severin Mars.

Verein deutscher Sänger

Sonntag, den 8. März, 5 Uhr nachmittags im großen Saale des Evgl. Vereinshauses

Volkstümliches Konzert

Mitwirkende: Konzertsängerin Fr. Biging-Mann, Pianist Georg Hofmann-Poznań u. der Gemischte Chor von St. Matthiil 50 Damen und Herren.

Eintrittskarten im Vorverkauf zu 3, 2 und 1 zł. einschließlich Steuer u. Programm in der Evgl. Vereinsbuchhandlung. Sonntag, v. 4½ Uhr ab an d. Saalkasse.

1000 złoty gegen Sicherheit

auf ½ Jahr gesucht.

Angab. unter £. 4339 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Pflanzkartoffeln!

Folgende von der Wielkopolska Izba Rolnicza anerkannte Sorten sind abzugeben:

„Pepo“ II. Absaat

„Hindenburg“ ältere Absaat

„Centifolia“

ferner: „Barnassia“.

Bersand erfolgt bei kleinen Posten in kleinen Säcken, bei grösseren lose, gegen Vereinsendung des Betrages.

Dominium Gollna Wiella (Languhle)

Bahnstation. Post und Fer echer: Bojanowo.

Anje Haus 2-3 Zimmer

eines Gartens od. Land, nahe

Poznań, an Bahnstation.

Off. mit Preis unt. M. 4345 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Großes möbliertes Zimmer

Nähe des Botan. Gartens

sofort zu vermieten

Poznań

Siemiradzkiego 8 I.

2 möblierte Zimmer

an ruhige Mieter vom 15. 3.

zu vermieten.

Szkoła 9, III, bei St.

Möbliertes Zimmer

Neu! Neu!

Sport im Bild.

Das Blatt der guten Gesellschaft

Heft 5.